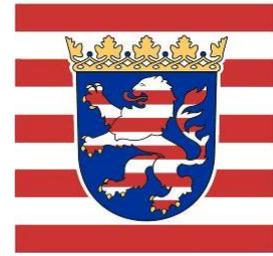




HESSEN



Bericht aus Brüssel

02/2021 vom 29.01.2021

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	4
Europäisches Parlament.....	8
Ausschuss der Regionen.....	10
Wirtschaft.....	11
Verkehr.....	14
Energie.....	14
Digital.....	14
Forschung.....	15
Finanzdienstleistungen.....	15
Finanzen.....	17
Soziales.....	20
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	20
Umwelt.....	21
Landwirtschaft.....	22
Justiz.....	25
Inneres.....	26
Bildung und Kultur.....	27
Information, Kommunikation und Medien.....	28
EU-Förderprogramme.....	29
Veranstaltungen.....	29
Vorschau.....	32

Rat; Informelle Videokonferenz der Europaminister zur „Zukunftskonferenz“

Die Europaministerinnen und –minister der Mitgliedstaaten (MS) haben im Rahmen einer Videokonferenz am 18.01.2021 getagt und sich u.a. mit der Konferenz zur Zukunft Europas befasst. Der PRT-Vorsitz wies darauf, die offenen Fragen mit EP und KOM zeitnah zu lösen und die Konferenz nunmehr auf den Weg zu bringen. Die Bedeutsamkeit eines baldigen Beginns der Konferenz ist auch von allen wortnehmenden MS unterstrichen worden. Man wolle einen inklusiven Prozess mit einer starken Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Die Europaministerinnen und -minister bekräftigten, dass sie die interinstitutionellen Verhandlungen fortsetzen werden, um zu einer Einigung über eine gemeinsame Erklärung der Institutionen zu gelangen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/gac/2021/01/18/>

Kommission; Task Force Beziehungen EU-UK wird zu Dienst für Abkommen EU-UK.

Die Kommission hat am 19.01.2021 beschlossen, die „Task Force für die Beziehungen zum Vereinigten Königreich“ zum 01.03.2021 aufzulösen. Hintergrund ist das vorläufige Inkrafttreten des EU-UK-Abkommens vom 24.12.2020. Um weiterhin eine effiziente und direkte Zusammenarbeit mit GBR zu ermöglichen, wird dafür ein „Dienst für die Abkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich“ geschaffen, der nahtlos am 01.03.2021 seine Tätigkeit aufnehmen wird. Dieser Dienst wird in dem der Kommissionspräsidentin unterstellten Generalsekretariat angesiedelt. Zudem wird Michel Barnier mit Wirkung vom 01.02.2021 zum Sonderberater der Präsidentin Ursula von der Leyen ernannt. Er wird die Präsidentin bei der Umsetzung des Austrittsabkommens zwischen der EU und GBR beraten und seine Expertise als Verhandlungsführer im Ratifizierungsprozess des Abkommens einbringen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/de/ip_21_160/P_21_160_DE.pdf

Europäischer Rat; informelle Videokonferenz am 21.01.2021 zu COVID-19

Die Mitglieder des Europäischen Rates berieten am 21.01.2021 in einer Videokonferenz erneut informell über die pandemische Lage in der EU. Zentrale Themen der Sitzung waren Wege zur Eindämmung der Virusmutationen (einschließlich Grenzsicherungen) und Impfungen gegen COVID-19, einschließlich der sog. EU-Impfzertifikate, die einige Mitgliedstaaten (MS) im Vorfeld der Sitzung gefordert hatten. Der ER hat weder Beschlüsse in der Sache gefasst, noch förmliche Schlussfolgerungen verabschiedet. Die Ergebnisse der Sitzung fasste ER-Präsident Charles Michel in mündlichen Schlussfolgerungen wie folgt zusammen: Die Staats- und Regierungschefinnen und –chefs seien besorgt angesichts der Verbreitung neuer Mutationen des Virus. Deren Verbreitung müsse durch koordinierte Maßnahmen der MS eingedämmt werden; eine Schlüsselrolle komme dabei der Steigerung der Sequenzierung bei positiven Testergebnissen zu. Die Grenzen müssten geöffnet bleiben, um den Binnenmarkt aufrechtzuerhalten. Ungeachtet dessen, müsse die Beschränkung nicht notwendiger Reisen innerhalb der EU erwogen werden, um die Verbreitung von COVID-19 einzudämmen. Der Rat werde zu diesem Zweck gegebenenfalls seine Empfehlung zu innereuropäischen Reisen und Einreisen aus Drittstaaten anpassen. Ferner haben sich die ER-Mitglieder für eine Beschleunigung der Impfungen ausgesprochen, und die Einhaltung der Lieferzusagen der Hersteller angemahnt. Sie haben sich darauf verständigt, an einem standardisierten EU-Impfzertifikat zu arbeiten. Dies solle zunächst aber nur für medizinische Zwecke verwendet werden. Ob derartige Zertifikate den Geimpften Erleichterungen bei den

geltenden Beschränkungen (z.B. Reisen) verschaffen können (so die Forderungen einiger Mitgliedstaaten wie GRI und MTA), werde zu einem späteren Zeitpunkt entschieden. Schließlich habe Einigkeit bestanden, sich weiterhin für einen solidarischen Umgang mit Drittstaaten hinsichtlich der Impfungen einzusetzen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2021/01/21/>

C o r o n a

Kommission; Rat; Neue Leitlinien für Impfnachweis angenommen

Am 27.01.2021 haben die Mitgliedstaaten (MS) neue Leitlinien für Impfnachweise angenommen. Damit folgen sie den am 11.12.2020 und 21.01.2021 angenommenen Ratsschlussfolgerungen zu diesem Thema. Die mit Unterstützung der Kommission erarbeiteten Leitlinien sollen der Interoperabilität der Impfnachweise zwischen den MS dienen. Hierfür wurde ein Katalog an Mindestanforderungen zu enthaltenen Informationen erstellt, der in Einklang mit den Vorgaben des Datenschutzes stehen soll. Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides begrüßte die Leitlinien und betonte die Wichtigkeit, diese in Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation WHO mit dem Ziel weltweiter Standards weiterzuentwickeln.

https://ec.europa.eu/health/sites/health/files/ehealth/docs/vaccination-proof interoperability-guidelines_en.pdf

Kommission; Prioritäten zur Bekämpfung von COVID-19 vorgestellt

Die Kommission hat im Vorfeld einer Videokonferenz der Mitglieder des Europäischen Rates ihre Prioritäten zur Bekämpfung von COVID-19 benannt. Mit der am 19.01.2021 angenommenen Mitteilung „Gemeinsam gegen COVID-19“ ruft die Kommission die Mitgliedstaaten (MS) insbesondere zur zügigen Umsetzung der Impfstrategie auf. Als Zielmarke nennt sie 80% der Menschen über 80 Jahre und des Personals in Gesundheits- und Sozialberufen bis März 2021 zu impfen. Bis zum Sommer sollen 70% der erwachseneren Bevölkerung über einen Impfschutz verfügen. Gemeinsam mit den MS, der Europäischen Arzneimittelagentur EMA und den Herstellern möchte die Kommission das Potenzial zur Steigerung der Produktionskapazitäten weiter ausschöpfen, um die entsprechenden Liefermengen zu erhöhen. Bis Ende Januar will die Kommission zudem in Zusammenarbeit mit den MS ein Konzept für europäische Impfbescheinigungen erstellt werden, die in Einklang mit den EU-Datenschutzvorschriften stehen. Weitere Aspekte der Mitteilung sind die weitere Einhaltung der Hygieneregeln, Reisebeschränkungen und internationale Solidarität. Hinsichtlich der Teststrategien plädiert die Kommission in der Mitteilung für den vermehrten Einsatz von Antigen-Schnelltests und Genomsequenzierung, um den sich schneller ausbreitenden Virus-Mutationen Rechnung zu tragen und diese besser einzudämmen.

https://ec.europa.eu/info/files/communication-united-front-beat-covid-19_en

EP; Plenardebatte zur EU-Impfstoffstrategie und -beschaffung

Das Parlament diskutierte in einer Plenardebatte den aktuellen Stand der EU-Impfstrategie und die Beschaffungspolitik der Kommission. In der Plenardebatte am 19.01.2021 knüpften die MdEP inhaltlich an die Sitzung des ENVI-Ausschusses vom 12.01.2021 zum selbigen Thema an. Überwiegend begrüßten die Sprecher der Fraktionen hierbei den vollzogenen gemeinsamen Ansatz bei der Impfstoffbeschaffung und das Vorgehen der Kommission. Nationalismus und Fake-News wurden dabei als zu überwindende Herausforderungen für eine erfolgreiche Umsetzung der Impfstrategie gesehen, die eine zentrale Rolle für die Überwindung der

Pandemie und ihrer Auswirkungen darstellt. Als Schlüssel zum Vertrauen der Bevölkerung in die Impfstrategie bezeichneten die Abgeordneten die notwendige Transparenz.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2021-01-19-ITM-002_DE.html

Kommission; Neuer Vorschlag für Einreisebestimmungen aus Drittstaaten

Im Nachgang des Europäischen Rates hat die Kommission einen neuen Vorschlag für (Ein-) Reisebestimmungen in der EU unterbreitet. In der Videokonferenz der Regierungschef am 21.01.2021 standen die zu unternehmenden Reaktionen auf die neuen Virusmutanten im Zentrum des Austauschs. Daraufhin hat die Kommission am 25.01.2021 eine Aktualisierung für die bisherigen Leitlinien für nicht notwendige Einreisen aus Drittstaaten sowie die anzuwendenden Kriterien vorgelegt. Ziel ist es, mit gemeinsamen Teststrategien und Risikoklassifikationen die Ausbreitung der stark infektiösen Varianten in der EU einzudämmen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_21_194

Kommission; Neuer Vorschlag zur Beschränkung der Freizügigkeit

Die Kommission hat am 25.01.2021 eine Aktualisierung für die bisherigen Leitlinien für die Beschränkung der EU-Freizügigkeit vorgelegt. Ziel ist es, mit gemeinsamen Maßnahmen bei der Risikoklassifizierung und Einreise aus Risikogebieten die Ausbreitung der stark infektiösen Varianten in der EU einzudämmen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_195

Kommission: Genehmigung einer von DEU angemeldeten Beihilfe

Die Kommission hat mit Beschluss vom 21.01.2021 eine von DEU angemeldete deutsche Rahmenregelung im Gesamtvolumen von 12 Mrd. EUR genehmigt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die von DEU angemeldete Rahmenregelung zur Entschädigung von Unternehmen für die Einbußen, die sie infolge der Restriktionen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie erlitten haben, mit dem EU-Beihilferecht im Einklang steht. Die Kommission hat festgestellt, dass im Rahmen der deutschen Beihilferegulation ein Ausgleich für unmittelbar auf die COVID-19-Pandemie zurückzuführende Schäden bereitgestellt wird. Sie hält die Maßnahme für angemessen, da der vorgesehene Ausgleich nicht über die zur Deckung der Schäden erforderliche Höhe hinausgeht. Die Regelung ergänzt die bereits genehmigten Unterstützungsregelungen des „Novemberhilfe-Pakets“, mit denen bis zu 4 Mio. EUR pro Unternehmen bereitgestellt werden können.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210122-beihilfen-deutsche-rahmenregelung_de

Kommission; Genehmigung einer von DEU angemeldeten Corona-Beihilfe für Unternehmen der Messe- und Kongressbranche

Die Kommission hat mit Beschluss vom 25.01.2021 eine von DEU angemeldete Beihilferegulation in Höhe von 642 Mio. EUR genehmigt. Die Beihilfe soll Eigentümer und Betreiber von Messe- und Kongressinfrastruktur entschädigen. Unternehmen sind danach förderfähig, wenn sie zwischen dem 01.03.2020 und dem 31.12.2020 einen Gewinnausfall unmittelbar im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie erlitten haben. Die Regelung deckt bis zu 100% des entgangenen Gewinns ab, der unmittelbar entweder aus einem behördlichen Verbot aller Veranstaltungen oder zumindest aller Großveranstaltungen (definiert anhand der Teilnehmerzahl) resultiert. Die Kommission hat die Maßnahme auf der Grundlage von Artikel 107 Absatz 2 Buchstabe b des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union geprüft, wonach die Kommission staatliche Beihilfemaßnahmen genehmigen kann, die von den

Mitgliedstaaten gewährt werden, um bestimmte Unternehmen oder bestimmte Wirtschaftszweige für Schäden zu entschädigen, die durch außergewöhnliche Ereignisse wie den Ausbruch des Coronavirus entstanden sind.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210125-corona-beihilfen_de

Rat; Mandat für Trilogverhandlungen zur Lockerung der Zeitnischenregeln für den Flugverkehr

Die EU-Botschafterinnen und -botschafter der Mitgliedstaaten haben am 27.01.2021 ein Mandat erteilt, die Verhandlungen mit dem EP über den endgültigen Text für eine Verordnung zur Änderung der Verordnung 95/93 hinsichtlich der vorübergehenden Entlastung von den Vorschriften für die Nutzung von Zeitnischen an Flughäfen der Gemeinschaft aufgrund der COVID-19 Pandemie aufzunehmen. Die Änderungen an der bestehenden Verordnung sollen helfen, den dramatischen Rückgang des Luftverkehrs bedingt durch die Corona-Pandemie abzufedern und damit einhergehende Leerflüge zu vermeiden und sollen Spielraum für die Anpassung an verschiedene Szenarien sowie eine Weiterführung der Maßnahmen bis zum Sommerflugplan 2022 bieten (vgl. BaB 23/2020).

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/01/27/new-covid-19-slot-relief-to-help-airlines-and-avoid-ghost-flights-council-adopts-mandate/>

Kommission; Verlängerung und Erweiterung des Befristeten Rahmens zur Stützung der Wirtschaft in der Coronakrise

Die Kommission hat am 28.01.2021 beschlossen, den Befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen bis zum 31.12.2021 zu verlängern. Darüber hinaus hat sie beschlossen, die darin festgelegten Obergrenzen für bestimmte Stützungsmaßnahmen anzuheben. Der bisher geltende Höchstsatz der begrenzten Beihilfebeträge, die auf der Grundlage des Befristeten Rahmens gewährt werden können, wird je Unternehmen effektiv verdoppelt. Für besonders von der Coronakrise betroffene Unternehmen, die im Förderzeitraum im Vergleich zum selben Zeitraum 2019 Umsatzverluste von mindestens 30% hinnehmen mussten, kann der Staat einen Beitrag von bis zu 10 Mio. EUR je Unternehmen (zuvor 3 Mio. EUR) zu den nicht durch Erlöse gedeckten Fixkosten leisten. Zudem hat die Kommission gestattet, die Umwandlung bestimmter rückzahlbarer Finanzinstrumente (z. B. Garantien, Darlehen, rückzahlbare Vorschüsse) bis zum 31.12.2022 in andere Beihilfeformen wie direkte Zuschüsse umzuwandeln, sofern die Voraussetzungen nach dem Befristeten Rahmen erfüllt sind. Es wird dabei aus Sicht der Kommission zum einen auf die veränderten Bedürfnisse der Unternehmen eingegangen und zum anderen der Wettbewerb auch in Zukunft durch besondere Vorkehrungen geschützt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_21_261

Kommission; Bekämpfung von Desinformationen über COVID-19-Impfungen

Die Kommission hat am 28.01.2021 erneut Berichte der Unterzeichner des EU-Verhaltenskodex gegen Desinformationen veröffentlicht. Gegenstand der Berichte sind die Maßnahmen, die die Unternehmen (u.a. Twitter, Google, Facebook) im Dezember 2020 gegen Desinformationen über Impfungen gegen COVID-19 ergriffen haben. Nach Angaben der Kommission zeigen die neuen Berichte, dass die Plattformen die Sichtbarkeit offizieller Inhalte zu COVID-19 verbessert haben, indem sie Millionen von Nutzern zu speziellen informativen Ressourcen geleitet haben. Sie haben auch Richtlinien in ihre Nutzungsbedingungen aufgenommen, um Desinformationen über Impfstoffe zu entfernen, insbesondere die Sperrung von Hunderttausenden von Konten, Angeboten und Werbeanzeigen im Zusammenhang mit dem Coronavirus und impfbezogenen Fehlinformationen. Ferner wurde die Zusammenarbeit mit Faktenprüfern intensiviert, um faktengeprüfte Inhalte über

Impfungen bekannter zu machen. Ungeachtet dessen hat die Kommission erneut kritisiert, dass die Unterzeichner des Kodex noch nicht hinreichend Daten zur Verfügung stellen, um die Entwicklung von Desinformationskampagnen und die Wirksamkeit ihrer Abwehrmaßnahmen in den Mitgliedstaaten besser nachvollziehen zu können. Die monatliche Berichterstattung war im Juni 2020 für sechs Monate eingeführt worden. Sie wurde nun auf weitere sechs Monate verlängert.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/latest-set-reports-and-way-forward-fighting-covid-19-disinformation-monitoring-programme>

Kommission; Vertrag mit AstraZeneca veröffentlicht

Im Zuge der öffentlich geführten Auseinandersetzung mit dem Impfstoffhersteller AstraZeneca hat die Kommission am 29.01.2021 den am 27.08.2020 unterzeichneten Liefervertrag öffentlich zugänglich gemacht. Der redigierte Vertrag ist der zweite (nach dem mit CUREVAC), der nun online gestellt wurde. Die Kommission strebt an, auch die weiteren abgeschlossenen Lieferverträge nach Zustimmung der jeweiligen Hersteller zu veröffentlichen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/de/ip_21_302/P_21_302_EN.pdf

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Rat; von der Leyen und Michel beziehen Stellung zu US-Wahl.

Am 20.01.2021, dem Tag der Amtseinführung des neuen US-Präsidenten, Joe Biden, liess Kommissionpräsidentin von der Leyen verlauten, dass Europa nach vier langen Jahren endlich wieder einen Freund im Weißen Haus habe. Die neue transatlantische Agenda zeige: Europa ist bereit für einen Neustart mit seinem ältesten und meistvertrauten Partner. Sie betonte, dass es viel zu tun gäbe: vom Klimawandel oder Digitalisierung bis hin zur Verteidigung der Demokratie, stünden globale Herausforderungen an, die eine transatlantische Kooperation verlangen, um sie zu bewältigen. Zudem nahm von der Leyen die Absicht der USA, wieder ins Pariser Klimaabkommen einzutreten, mit Freude auf. Die Kommissionspräsidentin warnte außerdem eindringlich vor den Konsequenzen, die Hassrede und die Verbreitung von Fake-News im Internet haben können. Der Sturm aufs Kapitol habe dies nachdrücklich gezeigt. Die europäische Demokratie sei vor solchen Ereignissen keineswegs geschützt.

Der Präsident des Europäischen Rats Charles Michel betonte, dass das amerikanische Volk einen Anführer verdiene, der sich die Hoffnungen und Sorgen der Bürger zu Herzen nimmt. Er sei überzeugt, dass Biden und Harris genau dies tun werden. Michel schlug des Weiteren vor, ein neues transatlantisches Abkommen zu schließen, das zu einem stärkeren Europa, einem stärkeren Amerika und damit auch zu einer stärkeren Welt führen wird. Es gelte den Folgen der Pandemie, dem Klimawandel und der Wirtschaftskrise gemeinsam entgegenzutreten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_21_167

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 18.-21.01.2021 in Brüssel

Corona-Impfstoffe: Debatte über aktuelle Entwicklungen

In der Plenardebatte am 19.01.2021 diskutierten die Abgeordneten mit der portugiesischen Staatssekretärin für europäische Angelegenheiten, Ana Paula Zacarias, und der Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides (siehe gesonderten Beitrag unter „Corona“).

USA: Hoffnung auf Neustart für transatlantische Beziehungen

Am 20.01.2021 diskutierten die Abgeordneten mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, und der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, über die Amtseinführung von Joe Biden als neuer US-Präsident und die politische Lage in den Vereinigten Staaten. Die Abgeordneten begrüßen im Wesentlichen die Amtseinführung von Joe Biden als Chance für Europa, für die Stärkung der Beziehungen zwischen EU und USA, und um gemeinsame Herausforderungen anzugehen (siehe Beitrag unter „Außenpolitik“).

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2021-01-20-ITM-004_DE.html

Schwerpunkte der portugiesischen Ratspräsidentschaft

Am 20.01.2021 diskutierten die Abgeordneten das Programm für die nächste sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft mit dem portugiesischen Premierminister António Costa. Der Erfolg der Impfkampagne gegen COVID-19 und das Erreichen eines wirtschaftlichen und sozialen Aufschwungs auf der Grundlage des digitalen und klimatischen Wandels seien die größten Herausforderungen für die portugiesische Ratspräsidentschaft, erklärte Premierminister Costa und forderte die Mitgliedsstaaten auf, eng zusammenzuarbeiten, um diese Ziele zu erreichen. Internationale Solidarität werde auch der Schlüssel sein, um den Virus zu besiegen, fügte er hinzu. Auch andere Herausforderungen, wie die Klimakrise, verdienen die volle Aufmerksamkeit der EU, so der Ministerpräsident. Unter dem Motto "Time to Deliver" wird sich die portugiesische Ratspräsidentschaft auf die Verabschiedung des europäischen Klimagesetzes, das Vorantreiben des Gesetzepakets zu digitalen Dienstleistungen, die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte und die Stärkung internationaler Partnerschaften, insbesondere mit Großbritannien, den USA und Lateinamerika, konzentrieren. Portugal wird außerdem einen EU-Indien-Gipfel in Porto ausrichten, bei dem es um digitale Themen, Handel, Investitionen, pharmazeutische Produkte, Wissenschaft und Raumfahrt geht, kündigte Costa an.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2021-01-20-ITM-006_DE.html

Recht auf Nichterreichbarkeit soll in der EU Grundrecht werden

Das EP fordert im Rahmen des Berichts von MdEP Alex Agius Saliba (S&D/MTL) mit einer Mehrheit von 472 - 126 - 83 eine Richtlinie, die das Recht einräumt, sich digital von der Arbeit abzuschalten, ohne mit Konsequenzen rechnen zu müssen. Damit Telearbeiter das Recht haben, außerhalb ihrer Arbeitszeit nicht erreichbar zu sein, sollte die Kommission eine entsprechende Richtlinie vorschlagen, fordern die Abgeordneten. Darüber hinaus will es Mindestanforderungen für die Telearbeit festlegen und mit Blick auf Arbeitsbedingungen sowie Arbeits- und Ruhezeiten Klarheit schaffen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0021_DE.html

EP fordert deutlich schärfere EU-Sanktionen gegen Russland

Nach der vor kurzem erfolgten Inhaftierung von Alexei Nawalny fordern die Abgeordneten die EU-Mitgliedstaaten auf, die Sanktionen gegen Russland deutlich zu verschärfen. Die Entschließung wurde am 21.01.2021 mit einer Mehrheit von 581 - 50 - 44 angenommen. In der Entschließung fordert das EP die EU-Mitgliedsstaaten auf, auf ihren nächsten Tagungen konkret Stellung zur Verhaftung von Alexei Nawalny und vielen seiner Anhänger zu nehmen und „die restriktiven Maßnahmen der EU gegen Russland deutlich zu verschärfen“. Dazu gehöre auch die Sanktionierung der "natürlichen und juristischen Personen", die an der Entscheidung, Alexei Nawalny festzunehmen und inhaftieren zu lassen, beteiligt waren, heißt es. Sanktionen sollten auch gegen russische Oligarchen mit Verbindungen zum Regime, Mitglieder des inneren Zirkels um Präsident Putin und in den Medien tätige Propagandisten verhängt werden, die Vermögenswerte in der EU besitzen und frei in deren Mitgliedstaaten einreisen dürfen. Nach Jahren der Verschlechterung der Beziehungen betonen die Abgeordneten, wie wichtig es ist, die Zusammenarbeit mit Russland auf verschiedenen außenpolitischen Plattformen und bei Vorhaben wie Nord Stream 2 kritisch zu überprüfen. Sie fordern die EU auf, die Fertigstellung der umstrittenen Pipeline umgehend zu verhindern.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0018_DE.html

Corona: Unterstützung der Bedürftigsten wird aufgestockt und flexibler gestaltet

Das EP hat am 21.01.2021 im Rahmen des Berichts von MdEP Lucia Ďuriš Nicholsonová (ECR/SLK) dafür gestimmt, auch in den Jahren 2021 und 2022 zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, um Nahrung und Grundversorgung für die Bedürftigsten bereitzustellen. Mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 649 - 7 - 31 billigte das EP die Vereinbarung zur Anpassung der Verordnung über den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (FEAD-Verordnung), die im Dezember vergangenen Jahres mit den Mitgliedsstaaten getroffen wurde. Die überarbeitete Verordnung erlaubt es den Mitgliedsstaaten, die zusätzlichen Mittel, die im Rahmen der REACT-EU-Initiative für den Wiederaufbau nach der Coronakrise zur Verfügung gestellt wurden, auch in den Jahren 2021 und 2022 zu nutzen. Die Mitgliedsstaaten können selbst entscheiden, ob sie die in der FEAD-Verordnung vorgesehenen Mittel für Nahrungsmittelhilfe und andere grundlegende Unterstützung für die Bedürftigsten zusätzlich aufstocken. Um die derzeitige Belastung der öffentlichen Haushalte zu verringern, müssen die zusätzlichen Mittel nicht von den Mitgliedsstaaten kofinanziert werden, und die EU-Kommission wird eine Vorfinanzierung bereitstellen, um den Mittelabfluss weiter zu beschleunigen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0015_DE.html

Richtlinien für zivile und militärische Nutzung von künstlicher Intelligenz

Nach der vor kurzem (am 20.10.2020) erfolgten Annahme von Empfehlungen für EU-Regeln zu künstlicher Intelligenz (KI) in Bezug auf Ethik, zivilrechtliche Haftung und geistiges Eigentum, hat das EP am 20.01.2021 im Rahmen des Berichts von MdEP Gilles Lebreton (ID/FRA) weitere Leitlinien zur militärischen und zivilen Nutzung von KI verabschiedet. Der Initiativbericht wurde am 20.01.2021 mit einer Mehrheit von 364 - 274 - 52 angenommen. Der Initiativbericht fordert einen EU-Rechtsrahmen für Künstliche Intelligenz (KI) mit Begriffsbestimmungen und ethischen Grundsätzen, anwendbar auch auf die militärische Nutzung.

Stärkere Befugnisse der EU bei Handelsstreitigkeiten

Am 19.01.2021 hat das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Marie-Pierre Vedrenne (RN/FRA) mehrheitlich neue Vorschriften verabschiedet, die es der EU erlauben,

Gegenmaßnahmen bei Blockaden von WTO-Schlichtungsverfahren zu ergreifen (siehe gesonderten Beitrag unter „Wirtschaft“).

Ausschuss der Regionen

AdR; ECON-Fachkommissionsitzung

Am 22.01.2021 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik statt. Dabei wurde über folgenden Stellungnahmeentwurf abgestimmt: „Aktionsplan Kritische Rohstoffe“. Darüber hinaus fand ein Meinungsaustausch zum Arbeitsdokument "ein Gesetz über digitale Dienste und Gesetz über digitale Märkte" sowie eine Debatte zu den „Erfahrungen und Erkenntnissen der Regionen und Städte während der COVID-19-Krise“ statt. Es wird auf den gesonderten Bericht zur Anhörung "die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und die Aufbau- und Resilienzpläne" unter Teilnahme von Staatsministerin Lucia Puttrich verwiesen, die im Rahmen der Fachkommissionssitzung stattfand.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2173875&meetingSessionId=2216699>

AdR; NAT-Fachkommissionsitzung

Am 29.01.2021 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission NAT für Natürliche Ressourcen statt. Dabei wurde über folgenden Stellungnahmeentwurf abgestimmt: „ein neues Konzept der Meeresstrategie für den Atlantik – Aktionsplan für den Atlantik 2.0“. Darüber hinaus fanden folgende Meinungsaustausche zu den Themen „Erfahrungen und Erkenntnisse der Regionen und Städte während der COVID-19-Krise“, „eine europäische Gesundheitsunion: Die Resilienz der EU stärken“, „Verordnung zur Bewältigung grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren und Legislativvorschlag zur Änderung des Mandats des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC)“ sowie zur „Arzneimittelstrategie für Europa und Legislativvorschlag zur Änderung des Mandats der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA)“ statt.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2173828&meetingSessionId=2216652>

AdR; Anhörung in der Fachkommission für Wirtschaftspolitik (ECON) zur Aufbau- und Resilienzfähigkeit mit der Ministerin Lucia Puttrich

Am 22.01.2021 führte die Fachkommission ECON des AdR eine Anhörung zur Aufbau- und Resilienzfähigkeit (RRF) durch. Dabei ging es um die Beteiligung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Ausarbeitung und Implementierung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne. Dazu hatte der AdR gemeinsam mit dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) im Vorfeld eine Konsultation der Verbände der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften durchgeführt. Die Ergebnisse der Konsultation wurden im ersten Teil der Anhörung vorgestellt. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass nur wenige Mitgliedstaaten (MS) den Input der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften aufgenommen haben. Der Vorsitzende der Fachkommission Michael Murphy (EVP/IRL) betonte in seinem Eingangsstatement, dass die Einbindung lokaler und regionaler Behörden in diese Pläne weiter gefördert werden müsse, bevor deren endgültige Version von den Mitgliedstaaten eingereicht wird. In der anschließenden Diskussionsrunde nahmen der Präsident von Eurocities und Bürgermeister von Florenz Dario Nardella (S&D/ITL), MdEP Dragos Pîslaru (RN/ROM) als Schattenberichterstatterin zur RRF-Verordnung

sowie Lucia Puttrich, Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten teil. Lucia Puttrich erklärte, dass beim RRF der Fokus jetzt darauf liegen müsse, dass das Geld in der Region ankommt und wichtige Impulse setzt. Das bedeute Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit, in den europäischen Green Deal, in die Stärkung des Gesundheitssystems und in die Digitalisierung. Diese Ziele könnten nur umgesetzt werden, wenn die Regionen ein Mitspracherecht bei der Gestaltung und Umsetzung der Programme hätten. Sie habe sie sich dafür u.a. im Rahmen einer Bundesratsinitiative Hessens stark gemacht. Außerdem habe Hessen sich zusammen mit seinen Partnerregionen Nouvelle Aquitaine, Emilia Romagna und Wielkopolska an einer europäischen Initiative „Regions für EU Recovery“ beteiligt, an der gegenwärtig insgesamt 24 Regionen aus neun MS teilnehmen. Verfolgt werde mit der Initiative das Ziel, neben dem Austausch von guten Praktiken und Erfahrungen die Rolle der Regionen im Wiederaufbauplan zu betonen. In einem gemeinsamen Brief hätten die Regionen ein entsprechendes Mitwirkungsangebot an die EU-Institutionen gerichtet.

Wirtschaft

Kommission; Beantragung der Einsetzung eines WTO-Panels wegen illegaler Ausfuhrbeschränkungen Indonesiens für Rohstoffe für nicht rostenden Stahl

Am 14.01.2021 hat die Kommission die Einsetzung eines Panels bei der Welthandelsorganisation (WTO) beantragt. Auf diese Weise soll erreicht werden, dass die rechtswidrigen Ausfuhrbeschränkungen Indonesiens für Rohstoffe, die für die Herstellung von nicht rostendem Stahl benötigt werden, beseitigt wird. Dank solcher Ausfuhrbeschränkungen ist Indonesien mittlerweile zum zweitgrößten Hersteller von rostfreiem Stahl geworden, wohingegen die EU-Industrie in diesem Bereich das niedrigste Produktionsniveau seit 10 Jahren erreicht hat. U.a. ist der angekündigte Abbau von mehr als 1000 Arbeitsplätzen in Europa eine direkte Folge der Ausfuhrbeschränkungen. Zunächst erfolgten Konsultationen mit der indonesischen Regierung, bei denen es nicht gelang, die Angelegenheit zu klären. Aus diesem Grund soll in der nächsten Sitzung des WTO-Streitbeilegungsgremiums die Einsetzung eines Panels beantragt werden, welches über die Rechtmäßigkeit der Ausfuhrbeschränkungen zu entscheiden hat.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_105

Kommission; Die Gestaltungsphase der Initiative „Neues Europäische Bauhaus“ wird eingeleitet

Am 18.01.2021 hat die Kommission die Gestaltungsphase der Initiative „Neues Europäisches Bauhaus“ eingeleitet. Das ökologische, wirtschaftliche und kulturelle Projekt ist ein Beitrag zum europäischen Grünen Deal. Zunächst soll in der Gestaltungsphase im Rahmen eines Beteiligungsprozesses das Konzept der Initiative ausgearbeitet werden. Aus diesem Grund sollen zunächst Ideen, welche die dringendsten Erfordernisse und Herausforderungen ermitteln, ausgelotet und interessierte Kreise vernetzen werden. Im Zusammenhang mit der „Gestaltungsphase“ will die Kommission erstmals den Preis zum Neuen Europäischen Bauhaus ausschreiben. In der folgenden „Umsetzungsphase“ sollen anhand fünf ausgewählter Pilotprojekte neue nachhaltige und integrative, aber gleichzeitig auch ästhetische Lösungen erarbeitet werden. Das Ziel der abschließenden „Erweiterungsphase“ ist, die erarbeiteten Ideen und Konzepte durch neue Projekte, Vernetzung und Wissensaustausch zu verbreiten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_111

Kommission; Veröffentlichung des vorläufigen Textes des Investitionsabkommens der EU mit China

Am 22.01.2021 hat die Kommission den vorläufigen Text über das Investitionsabkommen mit China (Comprehensive Agreement on Investments) veröffentlicht (vgl. BaB 01/2021). China verpflichtet sich in dem Abkommen zum einen dazu, Investoren aus der EU einen umfassenden Marktzugang zu gewähren und zum anderen EU-Unternehmen fairer zu behandeln. Nach juristischer Prüfung und Übersetzung wird der Text dem Rat und dem EP zur Annahme vorgelegt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210122-investitionsabkommen-eu-china_de
<https://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=2237>

Kommission; Konsultation zum Abkommen mit Kolumbien, Ecuador und Peru

Die Kommission hat am 14.01.2021 eine Konsultation zu dem EU-Kolumbien/Ecuador/Peru Abkommen eröffnet. Die Konsultation fokussiert sich dabei auf die Auswirkungen des Handelsabkommens unter den Aspekten der Kosten und Nutzen, Handel und Wirtschaft, Arbeits- und Menschenrechte, sowie Umwelt und Soziales. Sie konzentriert sich dabei auf Kolumbien und Peru, da Ecuador erst im Januar 2017 beigetreten ist. Bis zum 08.04.2021 können entsprechende Meinungen abgegeben werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/2085-Ex-post-evaluation-of-the-EU-Colombia-Ecuador-Peru-Trade-Agreement>

Kommission; Panel bestätigt koreanische Verstöße gegen das EU/Südkorea - Handelsabkommen

Die Kommission hat am 25.01.2021 einen Panelbericht veröffentlicht, der bestätigt, dass die Republik Korea den Nachhaltigkeitsverpflichtungen aus dem Handelsabkommen zwischen EU und der Republik Korea nicht konsequent genug nachgekommen ist. Korea muss nun sein Arbeitsrecht anpassen und die Ratifizierung von vier grundlegenden Übereinkommen der internationalen Arbeitsorganisation vornehmen. Das Streitbeilegungsverfahren zwischen der EU und der Republik Korea wurde eingeleitet, nachdem frühere Bemühungen keine zufriedenstellende Lösung erbracht hatten. Das Handelsabkommen zwischen der EU und der Republik Korea ist das erste umfassende Handelsabkommen der EU einer neuen Generation, welches ein Kapitel über nachhaltige Entwicklung mit einer Reihe rechtsverbindlicher Verpflichtungen zum Thema Arbeitsrecht und Umwelt enthält. Seitdem enthalten alle EU-Handelsabkommen solche Verpflichtungen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_203

Kommission; Kartellbußen gegen Anbieter von Videospiele wegen Geoblocking-Praktiken

Die Kommission hat mit Beschluss vom 20.01.2020 eine Kartellbuße in Höhe von insgesamt 7,8 Mio EUR gegen Valve, Eigentümer der Onlineplattform Steam, und fünf PC-Videospielerverlage verhängt. Diese beschränkten den grenzüberschreitenden Verkauf bestimmter PC-Videospiele an Nutzer in bestimmten Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR). Wegen dieser sogenannten Geoblocking-Praktiken verhängte die Kommission insgesamt Geldbußen mehr als 6 Mio. EUR gegen die Verlage, die jedoch aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit der Kommission ermäßigt wurden. Valve hatte dahingegen beschlossen, nicht mit der Kommission zusammenzuarbeiten, und wurde mit einer Geldbuße daher mit einer Geldbuße von mehr als 1.6 Mio. EUR belegt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_170

EP; Entschließung für Beseitigung von Hindernissen innerhalb des Binnenmarkts

Das EP hat am 20.01.2021 den Initiativbericht von MdEP Morten Løkkegaard (RN/DNK). „Stärkung des Binnenmarkts: die Zukunft des freien Dienstleistungsverkehrs“ angenommen. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie fordert der Bericht die Kommission und die Mitgliedstaaten (MS) auf, sich künftig dem freien Dienstleistungsverkehr und den damit verbundenen wirtschaftlichen Vorteilen prioritär zu widmen. Der Bericht zielt darauf ab, mehr Klarheit und Transparenz hinsichtlich der bestehenden Regelungen zur Dienstleistungsfreiheit zu schaffen, auf bestehende Hindernisse hinzuweisen und Lösungen für die bestehenden Probleme aufzuzeigen. Ausdrücklich werden alle MS aufgefordert, ungerechtfertigte und unverhältnismäßige Hindernisse für den freien Dienstleistungsverkehr innerhalb des Binnenmarktes bald möglichst zu beseitigen. Es wird bedauert, dass der von der Kommission vorgeschlagene Aufbauplan keine spezifische Finanzierung mit Blick auf den Dienstleistungsverkehr vorsieht. Mit Bezug auf die elektronische Dienstleistungskarte weist der Bericht darauf hin, dass die Kommission kürzlich beschlossen hat, ihren Vorschlag für eine solche Karte für Dienstleistungen zurückzuziehen und ruft in Erinnerung, dass der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz diese Vorschläge abgelehnt hat, mit denen komplizierte Verwaltungsverfahren für grenzüberschreitend tätige Dienstleister, die es immer noch gibt, beseitigt werden sollten. Das EP fordert eine neue Einschätzung der Lage, um bestehende administrative Probleme unter Beachtung der Dienstleistungsrichtlinie sowie der Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und der Subsidiarität zu lösen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0007_DE.html

EP; Annahme der revidierten Durchsetzungsverordnung zu den Befugnissen der EU bei Handelsstreitigkeiten

Am 19.01.2021 hat das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Marie-Pierre Vedrenne (RN/FRA) mit großer Mehrheit die Einigung zwischen Rat, EP und Kommission zum Verordnungsvorschlag der Kommission zur Änderung der Durchsetzungsverordnung zur Ausübung der Rechte der Union in Bezug auf die Anwendung und Durchsetzung internationaler Handelsregeln angenommen. Es geht dabei darum, die Interessen der Union im Rahmen internationaler Handelsabkommen in Situationen zu schützen, in denen Drittländer rechtswidrige Maßnahmen ergreifen und gleichzeitig ein Streitbeilegungsverfahren blockieren. Ursprünglich war die Verordnung nicht für solche Situationen gedacht. Die Blockierung der Streitbeilegung im Rahmen des Welthandelsabkommens (WTO) mit der Folge, dass das WTO-Berufungsgremium nicht mehr funktionsfähig ist, machten aber Änderungen notwendig. Das EP setzte durch, den Anwendungsbereich der Verordnung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit Waren auf solche über Dienstleistungen und bestimmte Rechte an geistigem Eigentum auszuweiten. Dieser umfasst nun auch Sachverhalte zu europäischen Marken, Geschmacksmustern und geografischen Angaben. Das EP erreichte ebenfalls, dass die Kommission Verstöße, die sich negativ auf Arbeitnehmer oder die Umwelt auswirken, im Handelskontext mit der gleichen Aufmerksamkeit untersucht, wie Verstöße gegen den Marktzugang. Die Kommission wird darüber hinaus aufgefordert, bis Ende 2021 oder früher ein Instrument zum Schutz vor Zwangsmaßnahmen durch Drittstaaten vorzuschlagen. Für das Inkrafttreten der revidierten Verordnung bedarf es noch der formellen Annahme durch den Rat und einer anschließenden Veröffentlichung im Amtsblatt der EU.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0004_DE.html

V e r k e h r

EP; Annahme des Berichts zur Revision der Leitlinien für die Transeuropäischen Netze-Verkehr (TEN-V) angenommen

Das EP hat am 20.01.2021 den Bericht von MdEP Jens Gieseke (EVP/DEU) zur anstehenden Überarbeitung der Leitlinien für das TEN-V mit großer Mehrheit angenommen. Darin bekennt sich das EP klar zu den Fertigstellungsterminen für das TEN-V-Kernnetz bis 2030 und das TEN-V-Gesamtnetz bis 2050. Prinzipiell spricht sich der Bericht für die Beseitigung von Verkehrsengpässen sowie das Schließen von fehlenden Verbindungen aus, die für einen reibungslosen transeuropäischen Verkehr hinderlich sind. Gefordert wird u.a. vom EP ein verstärkter Infrastrukturausbau bei allen Verkehrsträgern, eine angemessene Infrastruktur für alternative Kraftstoffe, klimaresistente Wasserstraßen, umfassende Eisenbahnsysteme und ein stärkerer Fokus auf Multimodalität. Forschung und Entwicklung hin zu innovativen Mobilitätslösungen sollen vorangetrieben werden. Die Erwartungen des EP sind, dass ihre Überlegungen in die von der Kommission geplante Überarbeitung der TEN-V Leitlinien einfließen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0010_DE.htm

E n e r g i e

Kommission; Genehmigung von Beihilfen für paneuropäisches Forschungs- und Innovationsvorhaben

Die Kommission hat am 26.01.2021 eine öffentliche Förderung von 2,9 Mrd. EUR für ein Forschungs- und Innovationsvorhaben von zwölf Mitgliedsstaaten, darunter auch DEU, genehmigt. Das als „European Battery Innovation“ bezeichnete Projekt deckt die gesamte Batterie-Wertschöpfungskette ab. Auf diese Weise soll es zu einer Reihe neuer technologischer Durchbrüche beitragen. Die Kommission ist zu dem Schluss gelangt, dass das Vorhaben mit den EU-Beihilfevorschriften vereinbar ist. Da die Rolle von Batterien in vielen Bereichen immer bedeutungsvoller wird, drängt sich auch die Frage nach einer sicheren, kreislauforientierten und nachhaltigen Wertschöpfungskette auf. Mit der Genehmigung soll zu den Bemühungen der Kommission, die Entwicklung einer innovativen und nachhaltigen europäischen Batterieindustrie zu unterstützen, beigetragen werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_226

D i g i t a l

Kommission; Konferenz zu 6G in Porto im Juni 2021

Die Kommission hat am 25.01.2021 auf die Konferenz „On the Road to 6G“ („Auf dem Weg zu 6G“) hingewiesen, die vom 08.-11.06.2021 in Porto im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft von PRT stattfinden wird. Es handelt sich um eine gemeinsame Veranstaltung der EUCnC (European Conference on Networks and Communications) und dem 6G-Summit, der seinen Ursprung im 6G-Flaggschiff-Programm von FIN hat. Die von der Kommission unterstützte Konferenz befasst sich mit verschiedenen Aspekten der Telekommunikation, von der 5G-Einführung und dem mobilen Internet der Dinge („Internet of Things“ – IoT) bis hin zur Erforschung von 6G und zukünftigen

Kommunikationssystemen und -netzen, einschließlich Experimenten und sog. Testbeds, sowie Anwendungen und Diensten.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/2021-joint-eucnc-6g-summit-deadline-call-papers-workshops-special-sessions-and-tutorials-29th>

Forschung

Kommission; Kooperation zwischen Innovationsrat und EIT-Institut

Die Kommission hat in einer Mitteilung Mitte Januar 2021 bekannt gegeben, dass zwischen dem Europäischen Innovationsrat (EIC) und dem Europäischen Innovations- und Technologieinstitut (EIT) eine Vereinbarung zur stärkeren Zusammenarbeit unterzeichnet worden ist. Der EIC und das EIT sind wichtige bereits fest etablierte Einrichtungen in der dritten Säule des EU-Forschungsrahmenprogramms Horizont 2020 und dem Nachfolgeprogramm Horizont Europa. Ziel der nun beschlossenen Vereinbarung beider Förderinstrumente EIC und EIT ist es, die Unterstützung, die die Einrichtungen bereits jetzt für innovative Start-up-Unternehmen und KMU leisten, weiter zu verstärken und den gegenseitigen Zugang zu Informationsnetzwerken und Beratungsdiensten sicherzustellen. Insbesondere sollen die beiden Instrumente ihre Kräfte bündeln, um die Unterstützung für hochinnovative Initiativen in Europa weiter zu intensivieren. Um diese Ziele zu erreichen, werden der EIC-Beirat und der EIT-Verwaltungsrat eine dauerhafte strukturierte Kooperation durch eine gemeinsame Arbeitsgruppe und gemeinsame Kommunikationsmaßnahmen einrichten. Die Vereinbarung wurde in Form eines „Memorandums“ geschlossen.

<https://eit.europa.eu/news-events/news/eit-health-and-eic-collaboration-edges-closer>

Finanzdienstleistungen

Kommission; Strategie für mehr Offenheit, Stärke und Resilienz des europäischen Wirtschafts- und Finanzsystems

Die Kommission hat am 19.01.2021 eine neue Strategie zur Stärkung des europäischen Wirtschafts- und Finanzsystems vorgelegt. Mit den darin gemachten Vorschlägen unternimmt sie den Versuch einer stärkeren geostrategischen Ausrichtung der EU-Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig soll auf diese Weise ein stärkerer Schutz der europäischen Souveränität erreicht werden. Die Strategie beruht im Wesentlichen auf drei Säulen: Stärkung der internationalen Rolle des EUR, Weiterentwicklung der Finanzmarktinfrastrukturen der EU und Steigerung ihrer Resilienz sowie Förderung der einheitlichen Umsetzung und Durchsetzung der Sanktionen der EU.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021DC0032&from=EN>

EZB; Umfrage zur Kreditvergabe im EUR-Raum

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 19.01.2021 die Ergebnisse einer Umfrage zur Kreditvergabe im EUR-Raum vorgestellt. Danach haben sich die Kreditvergabestandards – d.h. die internen Richtlinien oder Kreditbewilligungskriterien der Banken – im vierten Quartal 2020 in allen Kreditkategorien (Unternehmenskredite, private Wohnungsbaukredite und sonstigen Kredite an private Haushalte) verschärft. Als Ursache für die Verschärfungen bei den Vergabestandards nannten die Banken die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftsaussichten, das erhöhte Kreditrisiko

der Kreditnehmer und eine geringere Risikotoleranz. Für das erste Quartal 2021 erwarten sie eine weitere Verschärfung der Kreditstandards für Unternehmens- und Haushaltskredite.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.pr210119~7817ac690d.en.html>

EZB; Neue Einheit im Kampf gegen den Klimawandel geplant

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 25.01.2021 angekündigt, ein neues Zentrum für Klimawandel in der Notenbank einrichten zu wollen. Dieses solle die unterschiedlichen Expertisen und Arbeitsstränge zu Klimathemen in der EZB effizienter zusammenbringen. Die neue Einheit, die aus etwa zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestehen soll, werde mit bestehenden Teams in der gesamten Bank zusammenarbeiten, an die Präsidentin der EZB berichten sowie die Arbeit der EZB im Bereich Klimawandel und nachhaltige Finanzen beaufsichtigen.

https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.pr210125_1~3fc4ebb4c6.en.html

Kommission; Äquivalenz amerikanischer CCPs beschlossen

Die Kommission hat am 27.01.2021 beschlossen, dass die Bestimmungen der US-amerikanischen Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (Securities and Exchange Commission – SEC) für zentrale Gegenparteien (CCPs) den EU-Vorschriften gleichwertig sind. Der Beschluss ist ein erster Schritt, damit US-amerikanische CCPs, die bei der SEC registriert sind, in der EU anerkannt werden können. US-amerikanische CCPs haben durch den Beschluss nunmehr die Möglichkeit ihre Anerkennung durch die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) beantragen zu können. Sobald diese US-CCPs von der ESMA anerkannt sind, können sie zentrale Clearingdienste in der EU erbringen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_205

EZB; Investition in grünen Fonds der BIZ angekündigt

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 25.01.2021 angekündigt, einen Teil ihres Eigenmittelportfolios für Investitionen in den von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) eingeführten auf EUR lautenden Green-Bond-Investmentfonds für Zentralbanken (EUR BISIP G2) zu verwenden. Im September 2019 hatte die BIZ bereits im Rahmen derselben Initiative einen auf US-Dollar lautenden Green-Bond-Fonds aufgelegt. Mit dieser Investition will die EZB zu den weltweiten Bemühungen hinsichtlich des Erreichens von Umweltzielen – einschließlich der EU-Klimaziele – und zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen. Der Green-Bond-Fonds der BIZ investiert in die Erzeugung erneuerbarer Energien, das Erreichen von Energieeffizienz und weitere umweltfreundliche Projekte.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.pr210125~715adb4e2b.en.html>

Kommission; Konsultation zur Überprüfung des Rahmens für Krisenmanagement und Einlagensicherung

Die Kommission hat am 26.01.2021 im Rahmen ihrer allgemeinen Konsultationsstrategie eine Konsultation zur Überprüfung des Rahmens für das Krisenmanagement und die Einlagensicherung von Banken eingeleitet. Der Fokus liegt dabei auf drei EU-Legislativakten: Der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BRRD), der Verordnung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRMR) und der Richtlinie über Einlagensicherungssysteme (DGSD). Ziel der Konsultation soll es sein, die Erfahrungen der Interessengruppen mit dem derzeitigen Rahmen für

Krisenmanagement und Einlagensicherung sowie ihre Ansichten hinsichtlich einer möglichen Überarbeitung zu sammeln. Parallel zu dieser eher technischen gezielten Konsultation werde Mitte Februar eine allgemeine öffentliche Konsultation durch die Kommission eingeleitet.

https://ec.europa.eu/info/consultations/finance-2021-crisis-management-deposit-insurance-review-targeted_de

EZB; Banken sollen Kreditrisiken minimieren und Effizienz maximieren

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 28.01.2021 die Ergebnisse ihres aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process – SREP) für 2020 veröffentlicht und ihre Aufsichtsprioritäten für 2021 bekannt gegeben. Im Zentrum des SREP 2020 stand die Fähigkeit der Banken, Herausforderungen und Risiken in puncto Kapital und Liquidität zu bewältigen, die sich aus der anhaltenden COVID-19-Pandemie ergeben. Zu Beginn des Jahres 2020 seien die Banken im Euroraum wesentlich besser mit Kapital ausgestattet gewesen als noch zur Zeit der globalen Finanzkrise 2008. Die aktuellen SREP-Daten gäben jedoch immer noch Grund zu Wachsamkeit. Aufsichtliche Herausforderungen bestünden weiterhin in mehreren kritischen Bereichen. Im Zentrum stehe vor allem das Risiko einer plötzlichen Zunahme notleidender Kredite (Non-performing Loans – NPL). Insofern beziehen sich die wichtigsten Ergebnisse aus dem SREP-Zyklus 2020 auf das Kreditrisiko, die Kapitalausstattung, die Tragfähigkeit des Geschäftsmodells und die interne Governance. Diesen Risiken sei durch entsprechende qualitative Empfehlungen entgegengewirkt worden. Im Hinblick auf das Kreditrisiko habe der Fokus der Aufsicht auf einer angemessenen Klassifizierung und Bewertung von Risiken in den Bankbilanzen sowie auf den Kapazitäten der Banken für den zeitnahen Umgang mit finanziell angeschlagenen Schuldnern gelegen. Wegen der Verschlechterung der Wirtschaftslage während der Pandemie habe sich der Abbau der NPLs verlangsamt. Gleichzeitig würden die Kreditportfolios einiger Banken nach wie vor einen gewissen Bestand an zweifelhaften Forderungen enthalten. Das Auslaufen mehrerer Stützungsmaßnahmen im Jahr 2021 könne insoweit das Risiko von Klippeneffekten erhöhen. Mit Blick auf die Geschäftsmodelle äußerten die Aufseher Bedenken hinsichtlich der Belastbarkeit der Geschäftspläne einiger Banken. Hier sprachen sie qualitative Empfehlungen zur Profitabilitätssteigerung aus. Die Profitabilität sei 2020 vor allem aufgrund höherer Wertminderungen, niedrigerer Zinsergebnisse und rückläufiger Gebühren und Provisionen zurückgegangen.

<https://www.bankingsupervision.europa.eu/banking/srep/2021/html/ssm.sreppaggregatereults2021.en.html#toc2>

F i n a n z e n

Kommission; Öffentliche Konsultation zur Einführung einer Digitalsteuer

Am 18.01.2021 eröffnete die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Einführung einer Digitalsteuer. Diese Konsultation richtet sich insbesondere an Akteurinnen und Akteure der digitalen Wirtschaft, aber auch an alle sonstigen Interessenträgerinnen und -träger. Die Kommission hat ein besonderes Interesse daran, Meinungen zu den wichtigsten Problemen der Mitgliedstaaten und Unternehmen im Zusammenhang mit der Besteuerung der digitalen Wirtschaft einzuholen. Sie bittet auch um Beiträge zu möglichen Lösungen für diese Probleme. Diese öffentliche Konsultation wird in die laufenden Arbeiten an dem Vorschlag für eine Digitalabgabe einfließen, der Mitte 2021 vorgelegt werden soll. Die Konsultation dauert bis zum 12.04.2021.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12836-Digital-Levy/public-consultation>

Rat; Tagung der EUR-Gruppe und des Rates für Wirtschaft und Finanzen

Am 18.01.2021 berieten sich die Finanzministerinnen und Finanzminister der Eurozone im Format der EUR-Gruppe. Auf der Tagesordnung standen insbesondere die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität aus dem EU-Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“, die wirtschaftliche Ungleichheit im Euroraum nach der COVID-19-Krise und die künftige Zusammenarbeit mit den USA. Am 19.01.2021 tagte der Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN). Die Ministerinnen und Minister thematisierten unter anderem die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität aus dem EU-Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“, die Bekämpfung sog. notleidender Kredite als Nachwirkungen der COVID-19-Pandemie sowie die Vorstellung des Programms der portugiesischen Ratspräsidentschaft für die kommenden 6 Monate im Bereich der Finanzen und Finanzdienstleistungen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2021/01/19/>

EuGH; Mehrwertsteuerpflicht bei der Überlassung eines Dienstwagens zur privaten Nutzung

Mit Urteil vom 20.01.2021 entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) im Rahmen eines Vorabentscheidungsersuchens des Finanzgerichts des Saarlandes, dass die Überlassung eines Dienstwagens an Angestellte zur privaten Mitbenutzung dann nicht als Vermietung eines Beförderungsmittels gilt, wenn Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber dafür keine weitere Gegenleistung verlangen. In diesem Fall findet die EU-Richtlinie über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem keine Anwendung mit der Folge, dass die Überlassung nicht der Mehrwertsteuer zu unterwerfen ist.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=236687&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1536023>

EZB; Zinsen bleiben auf Rekordtief

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) entschied am 21.01.2021 vor dem Hintergrund der anhaltenden Pandemielage, seine geldpolitischen Instrumente auf sehr hohem Niveau weiterzuführen und die Zinsen auf Rekordtief zu belassen. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bleibt unverändert bei 0,00%, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,25% und der Einlagefazilitätzinssatz bei -0,50%. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis sich die Inflationsaussichten innerhalb des Projektionszeitraums robust auf ein Niveau angenähert haben, das ausreichend nahe bei, aber unter 2% liegt und sich diese Annäherung konsequent in der zugrundeliegenden Inflationsdynamik niedergeschlagen hat. Die Ankäufe im Rahmen des PEPP (Pandemic Emergency Purchase Program) werden mit einem Volumen von insgesamt 1,85 Bio. EUR fortgeführt. Ebenfalls werden die Nettoankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) im Umfang von monatlich 20 Mrd. EUR fortgesetzt.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.mp210121~eb9154682e.de.html>

Kommission; Leitlinien für die Aufbaupläne der Mitgliedstaaten

Nach der im Dezember erzielten politischen Einigung über die Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) hat die Kommission am 25.01.2021 den Mitgliedstaaten (MS) aktualisierte Leitlinien und Vorlagen für ihre Aufbaupläne vorgelegt. Mit dem Aufbauprogramm „Next Generation EU“ werden 672,5 Mrd. EUR an Darlehen und

Zuschüssen bereitgestellt, um Reformen und Investitionen in den MS zu unterstützen und den grünen und digitalen Wandel nach der Pandemie zu beschleunigen. Die MS müssen dafür Aufbaupläne vorlegen, in denen sie ihre nationalen Reform- und Investitionspläne darlegen.

https://ec.europa.eu/info/departments/recovery-and-resilience-task-force_en

EuRH; Sonderbericht zum Austausch von Steuerinformationen in der EU

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 26.01.2021 seinen Sonderbericht zum Austausch von Steuerinformationen in der EU veröffentlicht. Darin kommt er zur Ansicht, dass der Austausch von Steuerinformationen zwischen den EU-Mitgliedstaaten noch nicht ausreicht, um eine gerechte und wirksame Besteuerung im gesamten Binnenmarkt zu gewährleisten. Die Probleme betreffen nicht nur den Rechtsrahmen der EU, sondern auch seine Umsetzung und Überwachung. Insbesondere stellt der EuRH fest, dass die ausgetauschten Informationen oft von begrenzter Qualität waren oder nicht ausreichend genutzt wurden.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR21_03/SR_Exchange_tax_inform_DE.pdf

EuGH; Mehrwertsteuersonderregelungen bei Reisebüros

Mit Urteil vom 27.01.2021 entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens der Kommission, dass AUT gegen seine Verpflichtungen aus Art. 73 sowie aus den Art. 306 bis 310 der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28.11.2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem verstoßen hat. AUT hat in unzulässiger Weise Reiseleistungen, die gegenüber Steuerpflichtigen erbracht werden, die sie für ihr Unternehmen nutzen, von der Mehrwertsteuer-Sonderregelung für Reisebüros ausgeschlossen. Zudem sah der EuGH einen Verstoß gegen die Verpflichtungen darin, dass Reisebüros, soweit die Sonderregelung auf sie anwendbar ist, gestattet wurde, die Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage pauschal für Gruppen von Leistungen oder für die gesamten innerhalb eines Besteuerungszeitraums erbrachten Leistungen zu ermitteln.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=237053&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1>

EUR-Gruppe; ESM-Mitglieder unterzeichnen Änderungsübereinkommen

Die Mitglieder des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) haben am 27.01.2021 das Übereinkommen zur Änderung des Vertrags vom 02.02.2012 zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM-Änderungsübereinkommen) unterzeichnet. Das Änderungsübereinkommen soll den ESM als Krisenbewältigungsinstrument auf verschiedenen Ebenen fortentwickeln, um Gefahren für die Stabilität des EUR-Währungsgebiets insgesamt effektiver abwenden zu können. Die wesentlichen Elemente der Reform zielen zum einen auf die Stärkung der Wirksamkeit der vorsorglichen Finanzhilfeeinstrumente für EUR-Länder mit gesunden wirtschaftlichen Eckdaten, die unverschuldet in Not geraten sind, ab. Zum anderen soll eine ESM-Letztsicherungsfazilität für den Einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund – SRF) eingeführt werden, die das Funktionieren der Bankenunion effektivieren und gleichzeitig einen weiteren Schutzmechanismus zur Wahrung der Finanzstabilität der Währungsunion in Krisensituationen bereitstellen soll. Das ESM-Änderungsübereinkommen soll – nach Durchlaufen der erforderlichen Ratifizierungsprozesse in den Vertragsstaaten – bis Ende Dezember in Kraft treten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/01/27/statement-by-the-eurogroup-president-paschal-donohoe-on-the-signature-of-esm-treaty-and-the-single-resolution-fund-amending-agreements/>

Kommission; Politische Einigung zum ESF+

Die Kommission begrüßt die politische Einigung von Rat und EP zum Europäischen Sozialfonds + (ESF+). Für diesen ist nun ein Gesamtbudget von 88 Mrd. EUR in Preisen von 2018 vorgesehen. Die wesentlichen Eckpunkte sind dabei: 12,5% der Investitionen sollen in die Ausbildung von Menschen zwischen 15-29 Jahren fließen; 25% sollen zum Schutz vulnerabler Gruppen der sozialen Inklusion dienen, 3% sollen für den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (FEAD) und 5% zur Bekämpfung von Kinderarmut adressiert werden. 676 Mio. EUR sind für die Förderung von sozialen Innovationen budgetiert. Um in dieser Form in Kraft zu treten, muss die Verordnung noch offiziell vom Rat und EP verabschiedet werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_225

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Verhaltenskodex für verantwortungsvolle Geschäfts- und Marketingpraktiken in der Lebensmittelerzeugung

Die Kommission hat am 26.01.2021 im Rahmen einer virtuellen Veranstaltung Gespräche mit Interessengruppen über die Ausarbeitung eines Verhaltenskodex für verantwortungsvolle Geschäfts- und Marketingpraktiken im Bereich der Lebensmittelerzeugung aufgenommen. Der Kodex soll die Ziele und Ambitionen der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ widerspiegeln und so einen Weg für die gemeinsame Rolle der Akteure entlang der Lebensmittelkette beim Übergang zu einem nachhaltigeren Lebensmittelsystem in der EU ebnen. Außerdem soll den Verbraucherinnen und Verbrauchern erleichtert werden, sich für eine gesunde und nachhaltige Ernährung zu entscheiden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_21_227#6

Kommission; Durchforstung von Webseiten nach ökologischer Schönfärberei

Die Kommission und die nationalen Verbraucherschutzbehörden veröffentlichten am 28.01.2021 die Ergebnisse einer jährlich durchgeführten Durchforstung von Webseiten, um Verstöße gegen das EU-Verbraucherrecht auf Online-Märkten aufzudecken. Insbesondere standen in dem diesjährigen Bericht die ökologische Schönfärberei im Vordergrund. Demnach seien Angaben zum Umweltengagement der Unternehmen in 42% der Fälle übertrieben, falsch oder irreführend und möglicherweise als unlautere Geschäftspraktiken im Sinne der EU-Vorschriften einzustufen. Im Weiteren würden sich die nationalen Behörden mit den betroffenen Unternehmen in Verbindung setzen, um auf die festgestellten Probleme aufmerksam zu machen und sicherzustellen, dass diese erforderlichenfalls behoben werden. Weiterhin würden die Ergebnisse dieser Untersuchung in die geplante Folgenabschätzung für den neuen Gesetzgebungsvorschlag zur Stärkung der Rolle der Verbraucherinnen und Verbraucher beim Übergang zu einer grünen Wirtschaft einfließen, der in der neuen Verbraucheragenda angekündigt wurde.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_269

Kommission; Selbstverpflichtung für grünen Konsum

Am 25.01.2021 stellte die Kommission ihre Initiative für eine Selbstverpflichtung zum Konsum vor. Dieser „Green Consumption Pledge“ wird innerhalb der neuen Verbraucheragenda vorgestellt und ist Teil des Europäischen Klimapakts. Mehrere europäische Unternehmen haben sich bei der EU-Kommission zu einer

klimafreundlicheren Produktion und einem größeren Angebot nachhaltiger Produkte verpflichtet. Ziel sei es, Verbraucherinnen und Verbrauchern einen bewussteren Konsum zu ermöglichen. Unternehmen sollen sich verpflichten, die Transparenz über den CO₂-Fußabdruck ihrer Produkte zu erhöhen (Berechnung der Klimaauswirkungen inklusive der Lieferkette, Kennzeichnung von Produkten) und mehr nachhaltige Produkte verkaufen. Unternehmen können sich noch bis Ende März zur Teilnahme melden. Die Pilotphase läuft bis Januar 2022 und wird anschließend bewertet, um weitere Schritte zu planen.

https://ec.europa.eu/info/policies/consumers/consumer-protection/green-consumption-pledge-initiative_de

U m w e l t

Kommission; Konsultation zu neuer EU-Forststrategie

Die Kommission hat am 25.01.2021 zur öffentlichen Konsultation zur neuen EU-Forststrategie aufgerufen, die, im Rahmen des europäischen Grünen Deals und aufbauend auf die Biodiversitätsstrategie, darauf abzielt, für gesunde und widerstandsfähige Wälder zu sorgen, die die biologische Vielfalt schützen, zu den Klimazielen beitragen, Existenzgrundlagen sichern und eine kreislauforientierte Bioökonomie fördern. Der Schwerpunkt soll insbesondere auf dem Schutz, der Wiederherstellung und der nachhaltigen Bewirtschaftung von Wäldern in der EU und von Wäldern in anderen Regionen der Welt liegen. Die Frist für Rückmeldungen endet am 19.04.2021.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12674-EU-Forest-Strategy->

Kommission; Änderungen von EU-Regeln zum Handel mit wildlebenden Tier- und Pflanzenarten

Die Kommission veröffentlichte am 28.01.2021 einen Entwurf für eine für das zweite Quartal 2021 geplante Verordnung zur Änderung von Vorschriften über den Handel mit wildlebenden Tier- und Pflanzenarten. Ziel ist, den jüngsten Beschlüssen im Rahmen von CITES, dem Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten, Rechnung zu tragen. Außerdem solle durch die Änderung der Vorschriften im Einklang mit der EU-Biodiversitätsstrategie verhindert werden, dass der EU-Markt zum illegalen Elfenbeinhandel beiträgt.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12866-Wildlife-trade-alignment-of-EU-rules-with-recent-decisions-taken-under-the-CITES-convention-and-changes-to-EU-ivory-trade-rules>

EZB; Gründung eines Klimawandelzentrums

Die EZB hat am 25.01.2021 die Gründung eines Klimawandelzentrums bekanntgegeben, welches ab Anfang 2021 seine Arbeit aufnehmen soll und in dem die verschiedenen Erfahrungen und Arbeitsstränge der Zentralbank gebündelt werden sollen. Hauptaufgabe des neuen Klimawandelzentrums wird sein, die Klimaagenda der EZB sowohl intern als auch extern zu gestalten und zu steuern. Hintergrund der Einrichtung des Klimawandelzentrums ist das Ziel, Aspekte und Überlegungen betreffend Klimaschutz und -wandel in das Routinegeschäft der EZB einzubeziehen.

https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.pr210125_1~3fc4ebb4c6.en.html

EP; Abgeordnete fordern bindende Ziele für Materialeinsatz- und Verbrauchsfußabdruck für 2030

Der Umweltausschuss nahm am 27.01.2021 seinen Bericht über den neuen EU-Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft mit großer Mehrheit an und betont, dass die derzeitige lineare Wirtschaft in eine echte Kreislaufwirtschaft umgewandelt werden muss, die auf einer Reihe von Prinzipien wie der Vermeidung von Abfällen und der Reduzierung des Energie- und Ressourcenverbrauchs beruht. Hierzu seien wissenschaftlich fundierte, verbindliche Ziele für 2030 nötig, die den Materialeinsatz- und den Verbrauchsfußabdruck über den gesamten Lebenszyklus jeder in der EU in Verkehr gebrachten Produktkategorie umfassen. Die Abgeordneten forderten demnach die Kommission auf, noch im Jahr 2021 harmonisierte, vergleichbare und einheitliche Kreislaufwirtschaftsindikatoren für Materialeinsatz- und Verbrauchsfußabdrücke einzuführen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20210122IPR96214/meps-call-for-binding-2030-targets-for-materials-use-and-consumption-footprint>

Rat; Schlussfolgerungen zur Klima- und Energiediplomatie

Der Rat nahm am 25.01.2021 Schlussfolgerungen zum Thema Klima- und Energiediplomatie an, in denen er betont, dass der Klimawandel die Existenz der Menschheit bedroht und dass noch nicht genug geschieht, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Die kohärente Verfolgung der Ziele des Grünen Deals seien auch in der Außenpolitik der EU entscheidend. In den Schlussfolgerungen bestätigt der Rat die europäische Verpflichtung zur internationalen Klimafinanzierung. Ferner betonte der Rat, dass die EU-Energiediplomatie primär darauf abziele, die globale Energiewende voranzutreiben. In dem Zusammenhang fordert der Rat einen weltweiten Ausstieg aus der Nutzung von Kohle ohne CCS in der Energieerzeugung sowie, internationale Initiativen zur Reduzierung von Methanemissionen zu beschleunigen, indem unter anderem Energieeffizienz und erneuerbare Technologien gefördert werden. Auch die Bedeutung multilateraler Strukturen und der Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit in den einschlägigen internationalen Foren wurde hervorgehoben. Insbesondere das Pariser Abkommen sei hierbei ein unverzichtbarer multilateraler Rahmen für globale Klimaschutzmaßnahmen.

https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2021/01/25/council-adopts-conclusions-on-climate-and-energy-diplomacy/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Council+adopts+conclusions+on+climate+and+energy+diplomacy

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; Überarbeitung von EU-Regelungen für geografische Angaben

Die Kommission hat am 15.01.2021 zur öffentlichen Konsultation zu überarbeiteten Regelungen für geografische Angaben von Lebensmitteln und Getränken aufgerufen. Durch diese Regelungen werden wertvolle Namen von Lebensmitteln und Getränken vor Nachahmung und Betrug geschützt und es wird bescheinigt, dass diese Erzeugnisse in einem bestimmten Land oder einer bestimmten Region unter Beachtung hoher Standards hergestellt wurden. Die Initiative ist für das dritte Quartal 2021 geplant und sieht vor, das bestehende System unter anderem durch eine verbesserte nachhaltige Produktion, eine bessere Rechtsdurchsetzung, mehr Befugnisse für Erzeugergruppierungen sowie durch ein beschleunigtes Eintragungsverfahren zu verbessern. Die Frist für Rückmeldungen endet am 09.04.2021.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12664-Revision-of-the-EU-geographical-indications-GI-systems-in-agricultural-products-and-foodstuffs-wines-and-spirit-drinks>

Kommission; Konsultation zur Aktualisierung von EU-Vorschriften zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden

Die Kommission hat am 18.01.2021 zur öffentlichen Konsultation zur Überarbeitung von EU-Vorschriften zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden aufgerufen. Die EU-Pestizidrichtlinie hat zum Ziel, die menschliche Gesundheit und die Umwelt vor den möglichen Risiken und Auswirkungen von Pestiziden zu schützen. Dies soll durch deren verringerten Einsatz durch integrierten Pflanzenschutz und Alternativen zu chemischen Pestiziden erreicht werden. Im Rahmen der für das erste Quartal 2022 vorgesehenen Überprüfung soll untersucht werden, inwieweit diese Ziele bislang erreicht wurden und wie der Pestizideinsatz weiter reduziert werden kann, um die Ziele der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und des europäischen Grünen Deals zu erreichen. Die Frist für Rückmeldungen endet am 12.04.2021.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12413-Sustainable-use-of-pesticides-revision-of-the-EU-rules>

Kommission; Überarbeitung von EU-Vermarktungsnormen landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Die Kommission veröffentlichte am 19.01.2021 Fahrpläne für eine für das zweite Quartal 2022 geplante Überarbeitung der Richtlinie für EU-Vermarktungsnormen für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Einige dieser Vermarktungsnormen seien mittlerweile überholt oder könnten die Bemühungen um eine effizientere und nachhaltigere Lebensmittelversorgung behindern. Ziel der Initiative ist somit, die Versorgung der Verbraucherinnen und Verbraucher mit nachhaltigeren Erzeugnissen zu fördern, die geltenden Rechtsvorschriften, die mehrere Rechtsinstrumente umfassen, zu vereinfachen und die EU-Vorschriften an die Anforderungen des Vertrags von Lissabon anzupassen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12772-Revision-of-EU-marketing-standards-for-agricultural-products>

EP; Produktionsvorschriften für ökologische/biologische Erzeugnisse

Das Parlament beschloss am 19.01.2021 keine Einwände gegen die geplante delegierte Verordnung der Kommission vom 04.12.2020 zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2020/427 hinsichtlich des Geltungsbeginns der in Anhang II der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgenommenen Änderungen bestimmter detaillierter Produktionsvorschriften für ökologische/biologische zu erheben. Die Kommission passt durch diesen Schritt die delegierte Verordnung an den verschobenen Geltungsbeginn der Verordnung an. Dieser wurde aufgrund der Covid-19 Krise um ein Jahr auf den 01.01.2022 verschoben. Durch die Angleichung soll Verwirrung vermieden und für Rechtssicherheit für Erzeuger ökologischer/biologischer Erzeugnisse gesorgt werden.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0005_DE.html

Kommission; Genehmigung acht gentechnisch veränderter Pflanzen als Lebens- und Futtermittel

Die Kommission hat am 22.01.2021 die Zulassung zum Inverkehrbringen acht gentechnisch veränderter Pflanzen als Lebens- und Futtermittel erteilt beziehungsweise erneuert. Keine dieser Genehmigungen umfasst den Anbau der betroffenen Organismen in der EU. Alle Produkte, die aus diesen genetisch veränderten Organismen hergestellt werden, unterliegen den Kennzeichnungs- und

Rückverfolgbarkeitsvorschriften der EU. Die Genehmigung von sechs Mais- und zwei Sojabohnensorten erfolgte, nachdem die Mitgliedsstaaten weder im Ständigen Ausschuss noch im Berufungsausschuss eine Mehrheit für oder gegen die Zulassung der Organismen gefunden hatten.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210122-genveraenderte-pflanzen_de

Kommission; Studie zu Auswirkungen von Handelsabkommen auf die Agrar- und Ernährungswirtschaft

Die Kommission veröffentlichte am 26.01.2021 eine Studie zu Auswirkungen von Handelsabkommen auf die Agrar- und Ernährungswirtschaft, welche einen insgesamt positiven Effekt feststellt. Demnach würden Handelsabkommen üblicherweise zu einem erheblichen Anstieg der Agrar- und Lebensmittelausfuhren der EU bei einem gleichzeitig geringeren Anstieg der Einfuhren und damit insgesamt zu einer positiven Handelsbilanz führen. Die Studie bestätige zudem, dass der von der EU verfolgte Ansatz der Anwendung von Zollkontingenten am besten geeignet ist, um sensible Agrar- und Lebensmittelsektoren in der EU zu schützen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_183

Kommission; Verlängerung der EU-Beihilfen für Weinsektor

Die Kommission teilte am 28.01.2021 mit, dass sie die Sondermaßnahmen zur Unterstützung des Weinsektors um ein Jahr verlängert werden. Die Maßnahmen gelten bis zum 15.10.2021 und rückwirkend ab dem 16.10.2020. Hintergrund sind die COVID-19 Krise und die damit verbundenen Schließungen von Bars und Restaurants in der EU sowie die US-Strafzölle auf Wein aus der Union im Zusammenhang mit dem WTO-Streit zwischen Boeing und Airbus, die den Weinsektor stark getroffen hätten.

https://ec.europa.eu/info/news/commission-extends-package-support-measures-wine-sector-2021-jan-28_de

Kommission; Aufruf zu Vorschlägen zur Förderung europäischer Agrar- und Lebensmittelprodukte in der EU und im Ausland

Die Kommission veröffentlichte am 28.01.2021 ihre Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für europäische Förderprogramme im Bereich der Agrar- und Ernährungswirtschaft in der EU und im Ausland. Ein besonderer Schwerpunkt liegt 2021 auf der Förderung von Produkten und Anbaumethoden, die die Ziele des Europäischen Green Deals unterstützen, beispielsweise biologisch erzeugte Produkte, Obst und Gemüse sowie nachhaltige Landwirtschaft. Das Budget für den Förderzeitraum 2021 beträgt rund 182,9 Mio. EUR. Vorschläge können bis zum 28.04.2021 eingereicht werden.

https://ec.europa.eu/info/news/launch-calls-proposals-promote-european-agri-food-products-home-and-abroad-2021-jan-28_de

EuG; Überprüfung eines Finanzierungsvorhabens der Europäischen Investitionsbank

Der EuG hat am 27.01.2021 in der Rechtssache T-9/19 (ClientEarth / EIB) entschieden, dass sich die Europäische Investitionsbank (EIB) im Hinblick auf die Förderung eines Heizkraftwerks in Spanien zum Antrag von ClientEarth, einer Nichtregierungsorganisation im Bereich des Umweltrechts, auf die Überprüfung ihres Finanzierungsvorhabens äußern muss. Das Gericht hat die Entscheidung der EIB für nichtig erklärt, in der der Antrag auf Überprüfung des Beschlusses ihres Verwaltungsrats als unzulässig angesehen worden ist.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=C4168C7B651A7CC6C8CD80420ACDDEC5?text=&docid=237047&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1830720>

EuG; Verwechslungsgefahr einer Unionsmarke

Der EuG hat am 20.01.2021 in der Rechtssache T-328/17 RENV (Foundation for the Protection of the Traditional Cheese of Cyprus named Halloumi / EUIPO - M. J. Dairies (BBQLOUMI)) entschieden, dass zwischen der den Mitgliedern eines zyprischen Verbands vorbehaltenen Kollektivmarke HALLOUMI und dem Zeichen „BBQLOUMI“ für Waren einer bulgarischen Gesellschaft keine Verwechslungsgefahr besteht.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=236711&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=716741>

EP; Initiativbericht zu globalen Lieferketten

Der Rechtsausschuss (JURI) des Europäischen Parlaments hat am 27.01.2021 mit einer Mehrheit von 21 Stimmen (1 Gegenstimme und 1 Enthaltung) den Initiativbericht über „Unternehmerische Sorgfaltspflicht und Rechenschaftspflicht“ (2020/2129 (INL)) entlang globaler Lieferketten von Berichterstatterin Lara Wolters (S&D/NDL) angenommen. Der angenommene Bericht enthält insbesondere folgende Elemente: Der künftige Rechtsrahmen zur Sorgfaltspflicht soll für alle „großen“ Unternehmen sowie für börsennotierte kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und KMU mit hohem Risiko gelten. Die Unternehmen sollen dazu verpflichtet werden, entlang der gesamten Lieferkette eine risikobasierte Prüfung durchzuführen, d.h. ihre Lieferanten auf etwaige Risiken in Bezug auf Menschenrechte und Umweltaspekte zu überprüfen. Eine Haftung der Geschäftsleitung der Unternehmen für die Einhaltung der Pflichten ist nicht vorgesehen. Hinsichtlich der zivilrechtlichen Haftung der Unternehmen gegenüber Dritten sieht der Bericht selbst keinen „neuen“ Haftungstatbestand vor; vielmehr wird insoweit auf das nationale Recht verwiesen. Es soll aber für die Unternehmen der Nachweis möglich bleiben, dass sie im Einklang mit den Sorgfaltspflichten gehandelt und Maßnahmen zur Vermeidung solcher Schäden ergriffen haben. Der angenommene Bericht sieht keine strafrechtliche Haftung vor.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210122IPR96215/lieferketten-unternehmen-fur-schaden-an-mensch-und-umwelt-verantwortlich>

EuGH; Ablehnung der Nichtigkeitsklage Venezuelas durch EuGH ist unzulässig.

Vor dem EuGH hat Generalanwalt Girard Hogan am 20.01.2021 in der Rechtssache C-872/19 P (Venezuela / Rat), seine Schlussanträge vorgelegt und damit Bezug zum Urteil T-65/18 vom 20.09.2020 genommen. Im ursprünglichen Urteil wurde die Nichtigkeitsklage Venezuelas gegen drei Rechtsakte des Rats als unzulässig abgewiesen, weil keine unmittelbare Betroffenheit des Landes festgestellt wurde. In den Schlussanträgen von Generalanwalt Hogan, stellte dieser nun aber fest, dass ein

Drittstaat zum einen als juristische Person gilt und der Gerichtshof grundsätzlich für diese Angelegenheit zuständig ist. Auch die unmittelbare Betroffenheit Venezuelas sieht er als gegeben an, da die Rechtsakte des Rats explizit auch auf das Land abzielten. Hogan stellte fest, dass das Gericht rechtsfehlerhaft entschieden habe, als es die Klage wegen fehlender Klagebefugnis Venezuelas ablehnte. Deshalb schlug der Generalanwalt dem Gerichtshof vor, seiner bisherigen Rechtsprechung zu folgen und sie an diese neuartige Klage anzupassen.

http://curia.europa.eu/juris/document/document_print.jsf?docid=236702&text=&dir=&doclang=DE&part=1&occ=first&mode=req&pageIndex=0&cid=713585

I n n e r e s

EuGH; Schlussanträge – Vergütung von Wachdienst bei der Armee

Generalanwalt Henrik Saugmannsgaard Øe hat am 28.01.2021 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-742/19 (B. K. / Republika Slovenija (Ministrstvo za obrambo)) vorgetragen. Er vertritt die Ansicht, dass Militärangehörige grundsätzlich in den Anwendungsbereich sowohl der Richtlinie über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung als auch der Richtlinie über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer fallen. Gleichwohl sind sie davon ausgeschlossen, wenn sie bestimmte „spezifische Tätigkeiten“ der Streitkräfte ausführen, deren Besonderheiten einer Anwendung der Bestimmungen der beiden Richtlinien zwingend entgegenstehen. Die Bewachung militärischer Einrichtungen gehört grundsätzlich nicht dazu. Ferner ist der Generalanwalt der Auffassung, dass die Zeit, in der ein im Wachdienst befindlicher Militärangehöriger in der Kaserne, der er zugewiesen ist, anwesend sein und seinen Vorgesetzten zur Verfügung stehen muss, ohne effektiven Dienst zu verrichten, in vollem Umfang als „Arbeitszeit“ anzusehen ist. Gleichwohl können nationale Rechtsvorschriften vorsehen, dass diese Zeit (lediglich) für die Zwecke der dem Militärangehörigen geschuldeten Vergütung anders berechnet wird.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=237084&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1837404>

EP; Initiativbericht zum Europäischen Haftbefehl

Am 20.01.2021 nahm das EP im Plenum einen Initiativbericht (2019/2207 (INI)) zur Umsetzung des Europäischen Haftbefehls (EHB) und zu den Auslieferungsverfahren zwischen den Mitgliedstaaten (MS) mit 444 zu 139 Stimmen bei 106 Enthaltungen an. Darin zieht das Parlament grundsätzlich eine positive Bilanz. Es weist darauf hin, dass der EHB eine große Errungenschaft und ein wirksames und unverzichtbares Instrument zur Bekämpfung schwerer grenzüberschreitender Straftaten sei, welches die Kooperation zwischen den MS wesentlich erleichtert habe. Es gebe jedoch noch einige Probleme, die zwar das System als solches nicht in Frage stellen, aber dennoch zeigen würden, dass es verbessert und aktualisiert werden müsse. Insbesondere wird dabei auf das Verbesserungspotential im Hinblick auf die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten hingewiesen.

[https://www.europarl.europa.eu/RegData/seance_pleniere/textes_adoptes/provisoire/2021/01-20/0006/P9_TA-PROV\(2021\)0006_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/seance_pleniere/textes_adoptes/provisoire/2021/01-20/0006/P9_TA-PROV(2021)0006_DE.pdf)

Kommission; MEDIA; Kulturförderprogramm Kreatives Europa; Jubiläum

Die Kommission hat vor kurzem eine Kampagne anlässlich des Aktionsbereichs MEDIA im EU-Kulturprogramm Kreatives Europa (Creative Europe) gestartet. Dieser erfolgreiche Aktionsbereich mit Maßnahmen zur Unterstützung europäischer Filme und audiovisueller Medien feiert 2021 sein nun 30-jähriges Bestehen. Daher hat die Kommission eine Kampagne zur Feier dieses 30. Jahrestags lanciert („We All Love Stories“). Zugleich wird das neue MEDIA-Programm für den Zeitraum 2021 bis 2027 auf den Weg gebracht, nachdem die grundsätzlichen Haushaltsfragen zum Programm Kreatives Europa Ende 2020 geklärt worden waren. Seit 1991 wurden im Rahmen des Aktionsbereichs MEDIA des Programms Kreatives Europa mehr als 2,6 Mrd. EUR in die Filmindustrie und audiovisuelle Industrie investiert. Für den Zeitraum 2021-2027 werden für das gesamte Programm Kreatives Europa Mittel in Höhe von 2,4 Mrd. EUR veranschlagt. Davon sollen rund 1,4 Mrd. EUR in den Aktionsbereich MEDIA fließen. Die Kampagne wird sich auf 10 verschiedene Themen konzentrieren und in erster Linie in den sozialen Medien stattfinden, um junge Menschen und Fachleute aus der Industrie zu erreichen. Sie wird auch über eine eigene Website und Instagram-Beiträge Informationen bereitstellen.

<https://www.wealllovestories.eu/>

Kommission; Kulturerbe; Kompetenzzentrum mit Horizon-Projekt

Die Kommission hat ein europäisches Kompetenzzentrum zur digitalen Erhaltung und Bewahrung des europäischen Kulturerbes eröffnet. Das Zentrum, das für einen Zeitraum von drei Jahren arbeiten wird, wird mit bis zu 3 Mio. EUR aus dem Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 gefördert. Es wird einen „kollaborativen digitalen Raum“ für die Erhaltung des kulturellen Erbes einrichten und Zugang zu Daten, Metadaten, Standards und Richtlinien ermöglichen. Das „Istituto Nazionale di Fisica Nucleare“ in Italien koordiniert das Team von 19 teilnehmenden Organisationen, die aus elf EU-Mitgliedstaaten, der Schweiz und Moldawien kommen. Kulturinstituten in ganz Europa sollen im Rahmen des Projekts Beratungsdienstleistungen und Unterstützung zur Verfügung gestellt werden, die sich mit der Wahrung und dem Schutz von historischen Monumenten und Stätten befassen.

<https://www.4ch-project.eu/>

Kommission; Kultur; Beratungsgremium Voices of Culture; Bewerbung möglich

Die Kommission lädt Kulturschaffende zu einer neuen Dialogrunde ein. Interessierte Akteurinnen und Akteure können sich jetzt um einen Platz an der vierten Runde von „Voices of Culture“, dem „Strukturierten Dialog“ von Kommission und Zivilgesellschaft, bewerben und ihre Erfahrungen und Expertise einbringen. Themen des vierten Dialogs sind die Einkommenssituation und die Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern sowie Kulturschaffenden, die künstlerische Freiheit und die Meinungsfreiheit. Erfolgreiche Bewerberinnen und Bewerber werden zu einem Brainstorming-Treffen eingeladen, bei dem ein gemeinsamer Bericht zu den oben genannten Themenbereichen erarbeitet wird. Dieser wird dann in einem zweiten Treffen, dem „Dialog-Treffen“, mit der Kommission diskutiert. Der diesjährige Dialog ist auf 45 Teilnehmende beschränkt. Bewerbungsschluss ist der 21.02.2021. Mit dem Projekt Voices of Culture möchte die Kommission die Kommunikation zwischen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren und der Politik im Bereich der Kultur verbessern. Ziel ist es, dass Kulturakteurinnen und -akteure bei der Vermittlung ihrer Interessen auf europäischer Ebene unterstützt werden. Dazu wurde eine Dialogplattform entwickelt, die Vertreterinnen und Vertreter des Kultursektors aus allen Mitgliedstaaten mit der Kommission zusammenbringt. Auf der Grundlage von Besprechungen, die in

verschiedenen EU-Ländern stattfinden, erstellen die Teilnehmenden politische Handlungsempfehlungen, welche anschließend bei Dialogsitzungen in Brüssel mit der Kommission erörtert werden. „Voices of Culture“ trägt zu diesem Dialog und diesen Konsultationen bei. Die Initiative „Voices of Culture“ wird vom Goethe-Institut implementiert.

<https://voicesofculture.eu/>

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; Konsultation zur Transparenz bei politischer Werbung

Die Kommission hat am 22.01.2021 eine öffentliche Konsultation zur Transparenz bei politischer Werbung eingeleitet. Die Ergebnisse der Konsultation sollen einfließen in den Legislativakt zu politischer Werbung, den die Kommission in ihrem im Dezember 2020 vorgelegten Aktionsplan Europäische Demokratie (vgl. BaB 23/2020) für dieses Jahr angekündigt hatte. Der neue Rechtsakt soll außerdem die Bestimmungen des am 15.12.2020 vorgeschlagenen Digital Services Act hinsichtlich der Transparenz von Werbung im Online-Bereich ergänzen. Die neuen Regeln werden, so die Kommission, politische Werbung online und offline erfassen, und können für alle Wahlen in der EU sowie die Wahlen zum EP gelten. Themen der Konsultation sind die Regeln für politische Werbung, die Wahlen zum EP, Transparenzvorgaben sowie personalisierte Werbung. Zur Teilnahme aufgerufen sind alle interessierten Kreise, einschließlich Medienunternehmen und Behörden der Mitgliedstaaten. Die Frist für die Beantwortung des Fragebogens endet am 02.04.2021.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12826-Transparency-of-political-advertising/public-consultation>

EuGH; Recht auf Barzahlung des Rundfunkbeitrags

Die Große Kammer des EuGH hat mit Urteil vom 26.01.2021 in den verbundenen Rechtssachen C-422/19 und C-432/19 entschieden, dass die Mitgliedstaaten (MS), deren Währung der Euro ist, für die Regelung der Modalitäten der Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen zuständig sind, sofern es in der Regel möglich ist, mit Euro-Bargeld zu zahlen. Hinsichtlich dieser Zahlungsmodalitäten stellt der EuGH sodann fest: Der Status der Euro-Banknoten und -Münzen als gesetzliches Zahlungsmittel impliziert zwar grundsätzlich eine Verpflichtung zur Annahme dieser Banknoten und Münzen. Die MS können diese aber aus Gründen des öffentlichen Interesses einschränken. Voraussetzung ist, dass diese Einschränkungen im Hinblick auf das verfolgte Ziel verhältnismäßig sind. Das bedeutet, dass andere rechtliche Mittel für die Begleichung von Geldschulden verfügbar sein müssen. Der EuGH folgt damit den Schlussanträgen vom 29.09.2020 (vgl. BaB 18/2020). In den beiden Ausgangsverfahren vor den hessischen Verwaltungsgerichten verlangen die Kläger u.a. die Feststellung, dass sie berechtigt sind, den deutschen Rundfunkbeitrag in bar zu zahlen. Nach der Beitragssatzung des Hessischen Rundfunks kann der Rundfunkbeitrag aber nur durch Lastschriftzug, Einzel- oder Dauerüberweisung entrichtet werden. Das Bundesverwaltungsgericht hat dem EuGH die Frage vorgelegt, ob die unionsrechtliche Festlegung der Euro-Banknoten als gesetzliches Zahlungsmittel (Art. 128 AEUV) ein Verbot für öffentliche Stellen eines MSs enthält, die Erfüllung einer hoheitlich auferlegten Geldleistungspflicht mit solchen Banknoten abzulehnen, oder ob das Unionsrecht Raum für Regelungen lässt, die für bestimmte hoheitlich auferlegte Geldleistungspflichten eine Zahlung mit Euro-Banknoten ausschließen.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-422/19>

EU – Förderprogramme

Kommission; Neue Ausschreibungen im Pilotprogramm i-Portunus veröffentlicht

Am 15.01.2021 hat die Kommission einen weiteren Aufruf im Pilotprogramm i-Portunus veröffentlicht. Ein Konsortium unter der Leitung des Goethe-Instituts soll im Auftrag der Kommission erneut die Förderung der individuellen Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern testen. Gefördert werden soll (soweit möglich) die physische Mobilität, aber auch digitale oder hybride Formate. Die Ausschreibungen richten sich an Künstlerinnen, Künstler und Kulturschaffende aus den Bereichen Musik, Literaturübersetzungen, Architektur und Kulturerbe. Mittlerweile sind drei Ausschreibungen veröffentlicht worden: i-Portunus für Literaturübersetzungen - Einreichfrist 28.02.2021. Gefördert werden Reise- und Aufenthaltskosten für internationale Kooperationen, Residenzen und/ oder Weiterbildungen von literarischen Übersetzerinnen und Übersetzern. Reiseziel und Wohnsitz müssen in einem am Programm Kreatives Europa KULTUR teilnahmeberechtigten Land liegen. i-Portunus für Musik - Einreichfrist 28.02.2021. Gefördert werden Reise- und Aufenthaltskosten für internationale Kooperationen, Residenzen und/oder Weiterbildungen von Komponistinnen und Komponisten, Musikerinnen und Musiker und Sängerinnen und Sänger, vorzugsweise aus den Bereichen Klassik, Jazz und traditionelle Musik. Reiseziel und Wohnsitz müssen ebenfalls in einem am Programm Kreatives Europa KULTUR teilnahmeberechtigten Land liegen. i-Portunus für Architektur - Einreichfrist 14.03.2021. Gefördert werden Reise- und Aufenthaltskosten für internationale Kooperationen, Residenzen und/oder Weiterbildungen von Architektinnen, Architekten und Kulturschaffenden, die im Bereich Architektur tätig sind. Reiseziel und Wohnsitz müssen auch in einem am Programm Kreatives Europa KULTUR teilnahmeberechtigten Land liegen. Die Mobilität sollte sich auf internationale Zusammenarbeit, berufliche Entwicklung und produktionsorientierte Residenzen konzentrieren. In jedem Sektor konzentriert sich i-Portunus auf spezifische Bedürfnisse. i-Portunus sieht ein Gesamtbudget von 500.000 EUR für insgesamt fünf Aufrufe vor. Die finanzielle Unterstützung setzt sich je nach Zielland aus einem festen Betrag pro Antragsteller für den Transport und einem Tagessatz zusammen. Die nächsten Ausschreibungen im Bereich Musik und Kulturerbe sollen am 15.02.2021 veröffentlicht werden.

<https://www.i-portunus.eu/about-the-programme/general-information/>

Veranstaltungen

Hessens Livestream: Digital Services Act und Digital Markets Act

Hessens Europaministerin Lucia Puttrich und Digitalministerin Prof. Kristina Sinemus begrüßten am 21.01.2021 zu einer Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Hessens Livestream“ in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel zu dem Thema „Digital Services Act & Digital Markets Act – Kann die EU die Tech-Giganten zähmen?“. Europaministerin Lucia Puttrich betonte in ihrer Begrüßung die Bedeutung von Plattformen für viele Verbraucherinnen und Verbraucher im privaten Bereich, aber auch für gewerbliche Kundinnen und Kunden, die auf Plattformen für ihre Geschäftsbeziehungen mit anderen Unternehmen angewiesen sind. Die Modernisierung des EU-Rechtsrahmens sei notwendig, erfordere angesichts der Komplexität der Materie aber auch Augenmaß seitens des Gesetzgebers, so Puttrich. Prof. Kristina Sinemus, Hessische Ministerin für digitale Strategie und Entwicklung, bereicherte die Diskussion in ihrem Impuls mit drei Thesen: Erstens müsse Europa

stärker von der Plattformwirtschaft profitieren. Sie verwies in diesem Zusammenhang auf den starken IKT-Standort Hessen und die guten Ausgangsbedingungen, gerade auch bei Plattformen im Bereich „Business-to-Business“. Zweitens gehe es bei den Verordnungsvorschlägen auch darum, Vertrauen in die Digitalisierung zu stärken. Was offline gelte, müsse auch online gelten. Drittens sollten nicht nur die Tech-Giganten in den Blick genommen werden. Gerade kleine und mittelgroße Unternehmen und Start-Ups müssten Plattformen stärker nutzen. Eine Allianz hessischer Unternehmen der Plattformwirtschaft könne ein wirksames Instrument sein, die Unternehmen zu unterstützen. Sie kündigte an, dass sich Hessen aktiv in die Debatte über den Digital Services Act (DSA) und den Digital Markets Act (DMA) einbringen werde. Sodann stellte Christiane Canenbley, stellvertretende Kabinettschefin der Exekutiven Vizepräsidentin Margrethe Vestager, im Gespräch mit Hendrik Kafsack (FAZ), die beiden Verordnungsvorschläge vom 15.12.2020 vor. Sie betonte, dass es bei dem DSA darum gehe, Regeln für das Internet aufzustellen, vergleichbar mit Straßenverkehrsregeln. Der DSA bewerte allerdings nicht die Inhalte – die Frage der Illegalität richte sich nach dem materiellen Recht der Mitgliedstaaten und der EU-Rechtsakte. Vielmehr stelle er Regeln für Verfahren auf und lege grundsätzliche Pflichten fest, wie z.B. die Benennung eines gesetzlichen Vertreters in der EU im Fall von Anbietern aus Drittstaaten. Ziel des DSA sei, klarere Strukturen zu schaffen für den Umgang mit illegalen Inhalten. Im Bereich der Grauzone, also schädlichen Inhalten, werde die Zusammenarbeit mit den Plattformen verbessert. Mit Blick auf nationale Gesetze wie das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) sagte sie, es müsse geprüft werden, inwieweit dieses gelten könne, wenn der DSA in Kraft ist. Mit Blick auf den DMA betonte Frau Canenbley, dass dieser das Wettbewerbsrecht ergänzen werde. Die Sanktionen seien erheblich, bis hin zu der Ultima Ratio der Zerschlagung – die als letztes Mittel im Wettbewerbsrecht schon jetzt vorgesehen sei. Bei den durch den DMA verbotenen Verhaltensweisen handele es sich um „klassische“ Praktiken, die der Erfahrung nach von mächtigen Plattformen verwendet würden. Abschließend betonte sie, dass Europa gute Ausgangsbedingungen habe und nun seine Hausaufgaben machen müsse. Der DSA und der DMA werden den entsprechenden Rechtsrahmen schaffen.

Hessens Livestream zum Thema: „Neues Europäisches Bauhaus“

Am 26.01.2021 fand eine digitale Veranstaltung der Vertretung des Landes Hessen bei der EU statt, bei der der aktuelle Stand des Neuen Europäischen Bauhaus das Thema war. In seinem Grußwort hob der Hessische Europastaatssekretär Mark Weinmeister hervor, dass Nachhaltigkeit der Schlüssel sei für die Zukunft des Bauens und Zusammenlebens in Europa. Er wies darauf hin, dass Hessen bereits 2018 die Nachhaltigkeit als Staatsziel in der Landesverfassung per Volksabstimmung verankert hat. Beispielhaft nannte Weinmeister den Graduiertenstudiengang an der Universität Kassel, der sich insbesondere mit dieser Thematik befasst. Im Gespräch zwischen dem Moderator Hendrik Kafsack (FAZ) und Ruth Reichstein aus der persönlichen Denkfabrik der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (Inspire, Debate, Engage and Accelerate Action (I.D.E.A.)), die die Beauftragte der Präsidentin für das Neue Europäische Bauhaus (NEB) ist, wurde klar, dass nicht nur der Bausektor im Kontext des Green Deal integraler Baustein zur Verwirklichung von Nachhaltigkeit ist und das NEB auch nicht nur auf diesen Bereich abzielt. Das in drei Phasen laufende Projekt soll auch kein „Abklatsch“ des Original Bauhaus sein, sondern ist ein eigenständiges Projekt mit neuem Geist. Es ist aus Sicht der Kommission der Versuch, das Thema Nachhaltigkeit, den Green Deal auch kulturell zu übersetzen und so den Menschen in Europa näher zu bringen. Deshalb ist auch die im alten Bauhaus geborene interdisziplinäre Ausrichtung so bedeutend. Umso wichtiger ist der Kommission, dass es keine Begrenzung auf das Bauen an sich geben soll und in der

gerade angelaufenen Designphase genau diese kulturelle Orientierung gesucht wird, auch Bauen, aber eben nicht nur. Die Neugier der Menschen soll genutzt werden, um neues zu entdecken. Zum persönlichen Einmischen und Einbringen sind alle Bürgerinnen und Bürger in der Designphase eingeladen, Kontakt bekommt man am besten über die Internetseite des NEB. Des Weiteren soll es auch keine Begrenzung auf Europa geben mit Partnern u.a. aus Asien und Amerika soll diese Internationalisierung in der dritten Phase besonders vorgebracht werden. Für die Kommission ist es wichtig, dass es sich nicht um ein Projekt für Eliten handelt, Beiträge zum NEB müssen sich in dem Dreieck Nachhaltigkeit, Ästhetik und Bezahlbarkeit bewegen. Frau Reichstein betonte auf eine der vielen Fragen aus dem interessierten Publikum, dass das NEB mehr sein soll als ein Begrünen von Beton, es soll ein neues Denken anstoßen! Sie stellte weiterhin dar, dass das NEB sich ausdrücklich nicht nur an Städte, sondern auch an Projekte und Ideen im ländlichen Raum richtet. Die Designphase startete am 18.01.2021 mit einer Ausschreibung von 10 kleineren Projekten à 30.000 EUR und einem Kommunikationspaket (siehe Beitrag in diesen BaB). Die Zweite Phase wird dann im Herbst 2021 starten und zunächst 5 Pilotprojekte (Bauhäuser) in Europa fördern. Die dritte Phase soll nach einer Evaluierung der fünf Projekte/neuer Bauhäuser eine neue Ausschreibung beinhalten, außerdem soll es in der dritten Phase insbesondere auch um die globale Dimension gehen. Zum Schluss betonte die Vertreterin der Kommission, dass besonders die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern und insgesamt jungen Leuten gefördert werde und von der Kommission gewünscht sei.

https://europa.eu/new-european-bauhaus/index_de

Hessens Livestream: Die neuen Beziehungen der EU-GBR

Die Veranstaltung zu den neuen Beziehungen zum Vereinigten Königreich am 27.01.2021 stand ganz im Zeichen des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und GBR. Paulina Dejmek-Hack, Direktorin in der Task Force für die Beziehungen zu GBR und Mitglied des Verhandlungsteams, sprach mit dem EU-Korrespondenten Hendrik Kafsack (FAZ) zu diesem wichtigen Thema und stellte sich den Fragen der Online-Gäste. „Die ersten Auswirkungen des Brexit kann man bereits beim Handel, den Lieferketten, den langen Schlangen der Lastwagen und den leeren Regalen sehen“, sagte die Hessische Europaministerin Lucia Puttrich, die zu der Veranstaltung eingeladen hatte. Das Abkommen mit über 1.200 Seiten enthalte auch wichtige Fragen für Hessen, für das GBR ein wichtiger Exportpartner ist. Wie gehe es im Hinblick auf den Finanzstandort Frankfurt in Zukunft mit den Finanzdienstleistungen weiter oder wie wirke sich das Abkommen grundsätzlich auf die Beziehungen Hessens mit GBR aus? Zudem bedauerte Lucia Puttrich, dass GBR aus dem Erasmusprogramm ausgeschieden sei. Es sei immer eine gemeinsame Grundlage und Programm der Begegnung für alle jungen Europäerinnen und Europäer gewesen. Dejmek-Hack betonte den vorläufigen Status des Abkommens den das Europäische Parlament noch zustimmen muss. Die Verhandlungen selbst seien vom Willen beider Seiten, zu einer Einigung zu kommen, geprägt gewesen, auch wenn enormer Zeitdruck herrschte und sich die EU erstmals in Verhandlungen mit Partnerstaaten nicht um eine weitere Integration eines Partnerstaates bemühte, sondern das genaue Gegenteil verhandeln musste. Des Weiteren sei der Deal im Endergebnis als fairer Kompromiss zu betrachten. Beide Seiten haben in einzelnen Punkten nachgegeben. Die EU habe es geschafft, Regulierungen einzubringen, die ursprünglich von GBR abgelehnt wurden. So gelang es beispielsweise Vereinbarungen beim Klimaschutz, bei sozialen Themen oder beim Kampf gegen Geldwäsche zu treffen. Die EU habe außerdem gute Werkzeuge, um die Standards beider Seiten auf einem etwa gleichen Niveau zu halten. Zudem stelle das Abkommen eine gute Basis für zukünftig anstehende Themen dar und biete Rahmenbedingungen, die derzeit aus Sicht der EU

keinen Raum für Nachverhandlungen lassen. Die EU habe erstmals ein Handelsabkommen mit einem Drittstaat geschlossen, das keine Zolltarife und damit Handelshindernisse beinhaltet. Die ersten sichtbar gewordenen Probleme nach Inkrafttreten des Abkommens am 01.01.2021 seien hauptsächlich auf britischer Seite zu finden. Sie habe das Gefühl, dass die EU-Unternehmen sehr gut auf die Veränderungen vorbereitet seien. Man müsse sich darauf einstellen, dass anfängliche Schwierigkeiten zwar mit der Zeit vergehen würden, gewisse Hindernisse aber als direkte Folge des Brexit bestehen blieben. Sollten dennoch Anpassungen des Abkommens nötig sein, so könnten diese in den neu geschaffenen Gremien (u.a. der Partnerschaftsrat) im Dialog besprochen werden. Auf die Frage, wie es im Hinblick auf den Standort Frankfurt mit den Finanzdienstleistungen weitergehen würde, führte Dejmek-Hack aus, dass das Äquivalenzregime eine gute Basis für alle Fragen der Finanzdienstleistungen sei. Das britische System werde analysiert und die daraus resultierenden Äquivalenzentscheidungen würden auch in Zukunft im besten Interesse der EU getroffen. Ein Memorandum of Understanding sei derzeit noch in Planung und werde hauptsächlich die Themen Verbraucherschutz und Nachhaltigkeit der Finanzen beinhalten, aber keine regulative Wirkung auf den Marktzugang der Briten haben. Bereits jetzt, als direkte Konsequenz des Brexit, haben sich große Teile der europäischen Börsenaktivität in den EU-Raum verlagert, betonte Dejmek-Hack. Schließlich wurde noch die Frage aufgeworfen, ob GBR dazu neigen könnte, sich als Steueroase zu etablieren. Dejmek-Hack bekräftigte, dass das Level-Playing-Field die Haltung der Standards vom 31.12.2020 garantiere und unter anderem auch auf die Steuertransparenz anwendbar sei. Zudem gebe es bereits eine gemeinsame Erklärung der Partner, schädliche Steuerregelungen zu verhindern. Das Abkommen sei auf jeden Fall eine gute Grundlage für eine intensive Zusammenarbeit zwischen der EU und dem GBR und sollte auch Konfliktsituationen aushalten.

<https://www.youtube.com/watch?v=mAdtEwMynLw>

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

-

Rat

03.02.2021 Rat Wettbewerbsfähigkeit (Forschung und Innovation)

Europäische Kommission

03.02.2021 Europas Plan zur Bekämpfung von Krebs

09.02.2021 Gemeinsame Erklärung zur Erneuerung der Partnerschaft mit den Staaten der südlichen Nachbarschaft
Report zum Visakodex: Erteilung von Visa zur Rückkehr und Wiedereinreise

Europäisches Parlament

Plenarsitzung vom 08.-11.02.2021

Europäische Zentralbank – Jahresbericht 2020
Neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft
Umsetzung der Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels
Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz
Umsetzung von Artikel 43 der Asylverfahrensrichtlinie
Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten in den Jahren 2016–2018
Verringerung der Ungleichheiten mit besonderem Augenmerk auf der Erwerbstätigenarmut
Die Gleichstellung von Feldbesichtigungen im Vereinigten Königreich und die Gleichstellung von im Vereinigten Königreich durchgeführten Kontrollen von Erhaltungszüchtungen landwirtschaftlicher Pflanzenarten
Gleichstellung von im Vereinigten Königreich erzeugtem mit in der Union erzeugtem forstlichem Vermehrungsgut
Regeln über die Nutzung von Zeiträumen auf Flughäfen in der Union: vorübergehende Lockerung
Vorübergehende Maßnahmen hinsichtlich der Gültigkeit von Bescheinigungen und Lizenzen (Omnibus II)
Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen (kodifizierter Text)
Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität
Aussprache über auswärtige Angelegenheiten in Anwesenheit des Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
Demokratische Kontrolle der sozialen Medien und Schutz der Grundrechte
Maßnahmenpaket für die Erholung der Kapitalmärkte: MiFID und EU-Wiederaufbauprojekt
Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine
25 Jahre nach der Erklärung und Aktionsplattform von Peking: anstehende Herausforderungen mit Blick auf die Frauenrechte
Sicherheit des Kernkraftwerks Astrawez (Belarus)

Ausschuss der Regionen

01.02.2021 ENVE-Fachkommissionssitzung
Eine Renovierungswelle für Europa (Abstimmung)
Mehr Ehrgeiz für das Klimaziel Europas bis 2030 im Hinblick auf

01.02.2021 ENVE-Fachkommissionssitzung
Eine Renovierungswelle für Europa (Abstimmung)
Mehr Ehrgeiz für das Klimaziel Europas bis 2030 im Hinblick auf die COP 26 (Meinungsaustausch)
Sichere und nachhaltige Chemikalien (Meinungsaustausch)

03.-
05.02.2021 142. AdR-Plenarsitzung

Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz
 Förderung der Jugendbeschäftigung: eine Brücke ins Arbeitsleben für die nächste Generation – Stärkung der Jugendgarantie
 Grenzüberschreitende öffentliche Dienstleistungen in Europa
 Agrarökologie
 Eine Union der Gleichheit: Strategischer Rahmen der EU zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma 2020-2030
 Ein neuer EFR für Forschung und Innovation
 Neustart der Kultur- und Kreativwirtschaft
 8. Umweltaktionsprogramm

Europäischer Gerichtshof

- 02.02.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-481/19 (Consob): Auskunftsverweigerungsrecht – Sanktionsbewehrte Pflicht zur Zusammenarbeit
- 03.02.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-555/19 (Fussl Modestraße Mayr): Verbot regionaler Werbung in bundesweiten Rundfunkprogrammen
- 03.02.2021 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-155/19 und C-156/19 (FIGC und Consorzio Ge.Se.Av.): Müssen nationale Sportverbände das Vergaberecht beachten?
- 03.02.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-637/18 (Kommission / Ungarn): Überschreitung der Grenzwerte für PM10
- 11.02.2021 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-407/19 (Katoen Natie Bulk Terminals und General Services Antwerp) und C-471/19 (Middlegate Europe): Belgische Regelungen für die Einstellung von Hafentarifarbeitern („Stauern“)
- 11.02.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-487/19 (W. Ż. (Kammer für außerordentliche Überprüfung des polnischen Obersten Gerichts - Ernennung)): Richterliche Unabhängigkeit
- 11.02.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-508/19 (Prokurator Generalny (Disziplinarkammer des polnischen Obersten Gerichts – Ernennung)): Richterliche Unabhängigkeit
- 11.02.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-901/19 (Bundesrepublik Deutschland (Begriff der ernsthaften individuellen Bedrohung)): Voraussetzungen für subsidiären Schutz

11.02.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-535/19 (A (Öffentliche Gesundheitsversorgung)): Anspruch auf öffentliche Gesundheitsversorgung in anderem EU-Land?

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 12.02.2021.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA